

DECOLONIZE
BERLIN

Dekolonialisierung

trotz allem!

Bericht 2024 der Koordinierungsstelle Gesamtstädtischer
Aufarbeitungsprozess zu Berlins kolonialer Vergangenheit



Sources- d'Espoir e.V.
Jugendhilfe | Kulturarbeit | Entwicklungszusammenarbeit



Die Koordinierungsstelle

Gesamtstädtischer Aufarbeitungsprozess zu Berlins kolonialer Vergangenheit

Der Verein Decolonize Berlin e.V. setzt sich für die kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte und Gegenwart von Kolonialismus und Rassismus, für die Anerkennung und Aufarbeitung kolonialen Unrechts und für eine gesamtgesellschaftliche Dekolonialisierung ein.

Der Verein ist 2019 aus einem zivilgesellschaftlichen Netzwerk Schwarzer, diasporischer, postkolonialer und entwicklungspolitischer Gruppen in Berlin hervorgegangen. Dieses Bündnis besteht weiterhin und arbeitet schwerpunktmäßig zu den Themen Bildung, Kulturpolitik, öffentlicher Raum und globale Zusammenarbeit.

Seit 2020 ist Decolonize Berlin Träger der „Koordinierungsstelle für einen gesamtstädtischen Aufarbeitungsprozess zu Berlins kolonialer Vergangenheit“. Die Koordinierungsstelle wurde vom Land Berlin beauftragt, einen partizipativen Prozess für ein gesamtstädtisches Konzept zur Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit Berlins zu organisieren, der Ende 2021 abgeschlossen wurde (Drucksache 18/1788). Die erarbeiteten Maßnahmen werden seit 2022 mit Begleitung der Koordinierungsstelle durch das Land Berlin umgesetzt. Im April 2023 wurde ein wichtiger Fortschritt erzielt, als der Senat den Beschluss zur Umsetzung des Aufarbeitungsprozesses fasste, der die politischen Forderungen und Maßnahmen aus dem Beteiligungsprozess aufgreift (Drucksache 19/0954).

Die Koordinierungsstelle dient im Rahmen der Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit Berlins als Plattform zur Vernetzung von Akteur:innen aus Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung.

Gemeinsam mit diesen Akteur:innen entwickelt die Koordinierungsstelle Strategien, Konzepte und einen Rahmen, um die Umsetzung dekolonialer Ziele in der Praxis zu ermöglichen. Die Koordinierungsstelle ist Schnittstelle und Impulsgeberin zugleich. Sie unterstützt die verschiedenen Akteur:innen in Berlin bei ihren dekolonialen Vorhaben und setzt gleichzeitig eigene Akzente.

Inhalt

- 02 **Die Koordinierungsstelle**
- 05 **Danksagung**
- 06 **Glossar**
- 07 **Vorwort**
- 09 **Zivilgesellschaft unter Druck in Zeiten der erstarkenden politischen Rechte(n)**
Vorstand von Decolonize Berlin e.V.
- 11 **Zeitstrahl 2024**
- 13 **Anti-Schwarzen Rassismus sichtbar machen!**
NARUD e.V.
- 15 **Dekolonialisierung des Bildungsbereichs**
Koordinierungsstelle
- 17 **Für eine kritische Diversitätsbildung der Berliner Lehrkräfte**
Dr. Chripa Schneller
- 20 **Diversität in deutschen Schulcurricula.
Cheikh Anta Diop, Sophie Bosede Oluwole, May Ayim a.o. wanted!**
Dolly Afouumba und Katharina Lipowsky
(Initiative Perspektivwechsel e.V.)
- 23 **Vom Forschungsobjekt zum selbstbestimmten Subjekt werden – für eine postkoloniale Wissenschaft**
Koordinierungsstelle

- 25 **Dekoloniale Rechtswissenschaft und -praxis**
Koordinierungsstelle
- 26 **Intervention im öffentlichen Raum**
Koordinierungsstelle
- 27 **“Unsere Arbeit ist noch lange nicht beendet!”**
Interview mit Mnyaka Sururu Mboro
- 31 **Restitutionen und Repatriierung als Menschenrechte**
Koordinierungsstelle
- 33 **Rehumanisation - A paradigm shift (EN)**
- 36 **Rehumanisierung – Ein Paradigmenwechsel (DE)**
Prof. Ciraj Rassool, PhD
- 39 **"We Want Them Back"- App – Unterstützung bei der Suche nach den Vorfahr:innen**
Koordinierungsstelle
- 43 **Internationale Beziehungen auf Augenhöhe**
Koordinierungsstelle
- 44 **Warum dekoloniale Perspektiven auf die Klimakrise so wichtig sind**
Laura Bechert (BUNDjugend)
- 47 **Unser Ausblick 2025**
Koordinierungsstelle
- 49 **Impressum**

Danksagung

Die Aktivitäten von Decolonize Berlin e.V. und der Koordinierungsstelle werden getragen durch die unermüdliche Beteiligung von Communities, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Einzelpersonen in Berliner Institutionen sowie Aktivist:innen. Wir danken allen, die ihre Ideen und ihre Kraft auch im Jahr 2024 (direkt oder indirekt) mit uns geteilt haben.

Ein besonderer Dank gilt denjenigen, die von Rassismus und Diskriminierung betroffen sind und dennoch die Kraft und den Mut aufbringen, den antikolonialen Widerstand fortzusetzen. Gerade vor dem Hintergrund des aktuellen politischen Klimas ist das Engagement gegen Rassismus und koloniale Kontinuitäten besonders wichtig. Ohne Eure Unterstützung wäre unsere Arbeit in Berlin nicht möglich!

Ganz herzlich möchten wir uns an dieser Stelle auch bei allen Autor:innen und Interviewpartner:innen für ihre inspirierenden Beiträge zu diesem Jahresbericht bedanken.

Des Weiteren gilt unser Dank den Vertreter:innen aus Verwaltung und Politik - insbesondere der Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit (LEZ) - die unsere Arbeit unterstützen und sich daran beteiligen, die Forderungen der Zivilgesellschaft in die Praxis umzusetzen.



Foto: Thabo Thindi

Glossar

Dekolonialisierung

bezeichnet den historischen Prozess der Entkolonialisierung, der zur Beendigung der formellen Kolonialherrschaft und zur Erlangung staatlicher Unabhängigkeit führte. Zwischen den 1940er Jahren und 2000 erlangten 120 Kolonien und abhängige Territorien ihre Unabhängigkeit.

Dekolonialität

Angestrebter gesellschaftlicher/ globaler Zustand, in dem es keine Auswirkungen des Kolonialismus auf individueller, gesellschaftlicher oder globaler Ebene mehr gibt.

Dekolonialisierung

bezeichnet einen gesellschaftlichen Prozess, der darauf abzielt, Kolonialitäten auf lokaler und globaler Ebene zu bekämpfen und abzubauen.

Kolonialismus

bezeichnet ein globales Unrechtssystem und eine Form der Gewaltherrschaft, die gekennzeichnet ist durch Entmenschlichung, gewaltsame Umstrukturierung aller Lebensbereiche und die Schaffung fundamentaler (globaler) Asymmetrien auf Grundlage rassistischer Ideologien. Koloniale Kontinuitäten prägen auch heute noch die Welt und die Gesellschaft in Deutschland, zum Beispiel durch Rassismus. Daher muss die Aufarbeitung der Kolonialgeschichte die mittelbaren und unmittelbaren Folgen berücksichtigen.

Kolonialitäten

Der peruanische Sozialwissenschaftler Aníbal Quijano schlug 1992 das Konzept der „Kolonialität der Macht“ vor. Kolonialität beschreibt hierbei die Auswirkungen und fortbestehenden Einflüsse des Kolonialismus auf zeitgenössische gesellschaftliche und globale Strukturen. Dies umfasst nicht nur kolonialrassistische Machtgefüge, sondern auch moderne kapitalistische Herrschaftsformen.

Vorwort



Foto: Adaauto de Souza Santos

Was bedeutet Dekolonisierung in einer Zeit, in der rechte Parteien Wahlen gewinnen und menschenfeindliche Positionen mehrheitsfähig werden? Was nützt es, eine Straße umzubenennen, wenn weiterhin Menschen im Mittelmeer sterben, Grenzen ausgebaut werden und anti-Schwarzer Rassismus in der Gesellschaft zunimmt?

Die globalen und gesellschaftlichen Krisen beeinflussen jeden Aspekt dieser Stadt. Ihre Auswirkungen und die Reaktionen darauf spiegeln sich auch in der Berliner Landespolitik wider und prägen die Realität der Menschen, die hier leben.

Als Koordinierungsstelle bieten wir Raum für Austausch und begleiten die Umsetzung der Forderungen und Maßnahmen für Dekolonisierungsprozesse, die aus dem Partizipationsprozess entstanden sind. Unsere Motivation ziehen wir aus dem Gedanken an die vielen mutigen Menschen, die in den letzten 500 Jahren gegen Imperialismus, Kolonialismus und Rassismus

gekämpft haben. Auch heute sind wir umgeben von Aktivist:innen verschiedener Generationen, die ein lautes „Trotz alledem!“ entgegenschleudern und in Zeiten von Misstrauen und Voreingenommenheit solidarische Netzwerke aufbauen. *Step by Step.*

Am 23. August dieses Jahres - dem Internationalen Tag zur Erinnerung an den Versklavungshandel und dessen Abschaffung - gab es Anlass zum Feiern: Die langerkämpfte Umbenennung der Petersallee in Maji-Maji-Allee und Anna-Mungunda-Allee. Damit wurde nicht nur eine politische Entscheidung aus dem Jahr 2018 endlich umgesetzt, vielmehr hat sich der öffentliche Raum verändert. Anstelle eines Kolonialverbrechers wird nun des Widerstandes in Tansania gedacht ebenso wie der namibischen Aktivistin Anna „Kakurukaze“ Mungunda, die gegen die rassistische Besatzungspolitik des weißen südafrikanischen Apartheid-Regimes kämpfte und bei einem

Protest am 10. Dezember 1959 in Windhoek von der Polizei erschossen wurde. Beide Straßennamen erinnern an Schwarze Kämpfe gegen Kolonialismus und Rassismus. Im öffentlichen Raum können sie Mut machen, Denkanstöße geben und zu einer vertieften Auseinandersetzung mit dem deutschen Kolonialismus anregen. Sie bieten die Möglichkeit, eine plurale Erinnerungslandschaft zu gestalten. Bereits 1984 forderten afrodiplomatische Aktivisten einer Umbenennung der Petersallee. Im Interview mit Mnyaka Sururu Mboro, wird deutlich, dass es einer aktiven Zivilgesellschaft bedurfte und bedarf, die über Jahrzehnte am Ball blieb und diese Forderungen wieder und wieder bekräftigte, um sie nach 40 Jahren endlich umzusetzen. Straßenumbenennungen können jedoch nur ein erster Schritt sein zur Schaffung dezentraler Erinnerungsorte, die eine Möglichkeit zum Lernen und zur Reflexion gesellschaftlicher Strukturen bieten.

Auch im Angesicht zahlreicher globaler Krisen kann dieser erste kleine Schritt dazu beitragen, den Blick auf die ehemals Kolonisierten allmählich zu wandeln und den Weg zu einer diskriminierungsfreieren, dekolonialen Gesellschaft zu ebnen - auf struktureller, institutioneller und gesetzlicher Ebene.

Der 2024 erschienene Sammelband „Dekoloniale Rechtswissenschaft und -praxis“ ist ein Versuch, das komplexe Geflecht aus kolonialen Kontinuitäten im deutschen und internationalen Recht genauer zu betrachten und dabei Theorie und Praxis miteinander zu verbinden. Wie kann es zum Beispiel sein, dass Geburtsurkunden nicht ausgestellt werden und somit nicht nur den Eltern, sondern auch den Kindern der Zugang zu Grund- und Menschenrechten verwehrt wird?

Der vorliegende Jahresbericht 2024 soll dazu beitragen, das Bewusstsein für koloniale Kontinuitäten zu schärfen und eine aktive Auseinandersetzung auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen zu ermöglichen.

Dazu finden sich im Jahresbericht zwei allgemeinere Beiträge. Zum einen verzeichnet die Registerstelle Mitte bei NARUD e. V. eine Zunahme von anti-Schwarzem Rassismus, insbeson-

dere gegen Kinder, wie der Beitrag, verdeutlicht. Zum anderen betont der Text "Zivilgesellschaft unter Druck" des Vorstands von Decolonize Berlin, dass starke zivilgesellschaftliche Netzwerke und Schwarz-weiße-Bündnisarbeit unabdingbar sind, um errungene Erfolge für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft zu sichern und dem gesellschaftlichen Rechtsruck etwas entgegenzusetzen.

In den Schwerpunktbereichen der Koordinierungsstelle stellen wir unsere Arbeit im Jahr 2024 vor. Die Beiträge von Expert:innen laden zu einer vertieften Auseinandersetzung mit einzelnen Aspekten ein. Die Artikel von Initiative Perspektivwechsel e.V. und Dr. Chripa Schneller setzen sich aus unterschiedlichen Perspektiven mit beispielsweise der Forderung nach verpflichtenden diskriminierungskritischen Ausbildungsinhalten für Lehrkräfte und der Einrichtung einer Abteilung für Diversitätsbildung am neuen *Berliner Landesinstitut für Qualifizierung und Qualitätsentwicklung an Schulen (BLiQ)* auseinander.

Wie die Forderung nach Rehumanisierung im praktischen Umgang mit Ancestral Remains umgesetzt werden kann, beschreibt Ciraj Rassool. In dem Beitrag der Koordinierungsstelle werden Hintergrundinformationen zum Launch der App "We Want Them Back" gegeben.

Im Text von Laura Bechert wird deutlich, dass Klimagerechtigkeit immer antirassistisch und dekolonial sein muss und solidarische globale Netzwerke notwendig sind, um Klimagerechtigkeit zu schaffen.

In diesem Jahresbericht haben wir den Versuch unternommen, theoretische Debatten mit praktischen Umsetzungen zu verknüpfen und aufzuzeigen, dass es vielfältige Handlungsmöglichkeiten gibt, um dekoloniale Prozesse im Land Berlin zu fördern. Sowohl die Zivilgesellschaft als auch die Politik und Verwaltung spielen dabei eine zentrale Rolle, um diese Prozesse nicht nur auf diskursiver, sondern auch auf praktischer Ebene voranzutreiben und zu stärken.

Wir wünschen Euch und Ihnen eine aufschlussreiche Lektüre und freuen uns auf das nächste Jahr - es gibt noch viel zu tun!

Zivilgesellschaft unter Druck in Zeiten der erstarkenden politischen Rechte(n)

Vorstand von Decolonize Berlin e.V.

Im Sommer 2024 wurden zwei Schwarze Mädchen (8 und 10 Jahre alt) in Grevesmühlen von einer Gruppe Jugendlicher rassistisch angegriffen. Dass dies kein Einzelfall ist, zeigte eine EU-weite Studie vom Oktober 2023 zu Rassismus gegen Schwarze, in der Deutschland am schlechtesten abschnitt. 76 % der Befragten gaben an, in den letzten 5 Jahren wegen ihrer Hautfarbe, Herkunft oder Religion benachteiligt worden zu sein.¹

Am 7. Oktober dieses Jahres entwendeten unbekannte Täter in Zeitz (Sachsen-Anhalt) alle zehn Stolpersteine, die an ermordete Jüdinnen und Juden erinnern. Postkoloniale Gruppen berichten von zunehmenden rassistischen Angriffen, vor allem bei Stadtrundgängen, die über koloniale Spuren aufklären. Schwarze Referent:innen an Schulen werden täglich mit dem Hitlergruß begrüßt. Das sind nur wenige Beispiele für die 10.000 rechtsextrem motivierten Straftaten, die allein im ersten Halbjahr 2024 registriert wurden. So viele wie noch nie.

Diese Fälle häufen sich vor allem in Regionen, in denen die Zustimmungswerte zu autoritären Aussagen und rechtsextremen Positionen von Parteien besonders hoch sind. Dort ist die Arbeit zivilgesellschaftlicher Gruppen besonders gefährdet. Und dies, obwohl die Zivilgesellschaft in den letzten Jahren mit vielfältigen Projekten,

Kampagnen und Interventionen dafür gesorgt hat, dass die Auseinandersetzung Deutschlands mit seiner kolonialen Vergangenheit und den Kontinuitäten ins Bewusstsein einer breiten Öffentlichkeit gerückt ist. Mehrere koloniale Straßennamen wurden ersetzt, die Diskussion über eine Rückgabe von im Kolonialismus geraubten Kulturgütern oder die Restitution menschlicher Gebeine (*Ancestral Remains*) aus kolonialen Kontexten finden auch auf internationaler Ebene statt. Debatten über wirtschaftliche Ungerechtigkeiten zwischen Staaten sind zunehmend auch mit der Aufarbeitung des Kolonialismus verknüpft. Prozesse der Dekolonialisierung sind langwierig, anstrengend und bedürfen einer radikalen Transformation von Gesellschaften. Sie implizieren die Frage: In welcher Gesellschaft wollen wir eigentlich leben? Die Antwort darauf lässt sich nur partizipativ und unter Einbindung aller gesellschaftlicher Gruppen finden. Dazu braucht es den politischen Willen, Menschen und gesellschaftliche Strukturen, die sich daran beteiligen. Nicht alle wollen, dass eine disziplinierungsfreie, global gerechte Gesellschaft entsteht.

Parteien, die sich bisher dafür eingesetzt haben, übernehmen zunehmend rechtspopulistische Inhalte und Positionen, insbesondere in der Frage der Migration, um vermeintlich ver-

lorene Wähler:innen zurückzugewinnen. Dabei verlieren sie die Grundrechte aller Menschen in Deutschland, die im Grundgesetz niedergelegt sind, und internationale Abkommen, wie die UN-Menschenrechtskonvention, aus dem Blick. Sie verstärken damit die Ablehnung gegenüber der Freizügigkeit von Menschen bzw. von Migrationsbewegungen, die Teil einer globalisierten Welt sind. Dies hat wie oben beschrieben sehr reale Konsequenzen für einen Großteil unserer Gesellschaft. Wenn jede:r dritte Polizist:in über rassistische Äußerungen durch Kolleg:innen berichtet, wird eine strukturelle und institutionelle Verfestigung deutlich.²

Wenn jede:r dritte Polizist:in
über rassistische Äußerungen
durch Kolleg:innen berichtet,
wird eine strukturelle und
institutionelle Verfestigung
deutlich

Dass Zivilgesellschaften weltweit unter Druck stehen, zeigt sich auch in Deutschland. Erstmals ist die Bewertung zivilgesellschaftlicher Freiheiten (CIVICUS) von „offen“ auf „beeinträchtigt“ gesunken. Das zeigt sich zum Beispiel in der menschenrechtlich umstrittenen Präventivhaft für die Aktivist:innen wie der *Letzten Generation*, aber auch im mangelnden Schutz von Journalist:innen vor Übergriffen.³

Darüber hinaus kamen in den vergangenen Jahren juristische Prozesse ins Rollen, die Anlass zur Sorge bereiten, wie etwa der Entzug bzw. die Nichtanerkennung der Gemeinnützigkeit. Auf der Basis individueller Einschätzungen von Bamt:innen und rechtlicher Lücken sind kritische

zivilgesellschaftliche Stimmen in Misskredit geraten. Aber dienen Initiativen wie Attac, Campact, VVN-BDA oder Omas gegen Rechts nicht der Allgemeinheit bzw. unserer auf Werten basierenden Gesellschaft? Was diese Vereine verbindet, ist die politische Arbeit und ihr Engagement gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus. Die Forderung nach einer Überarbeitung und Modernisierung des Gemeinnützigeitsrechts wird lauter - auch zum Schutz vor politischer Übernahme durch rechte Strukturen.

Neben einer soliden Finanzierung von Projekten im Bereich Antidiskriminierung, Demokratieförderung, globale Gerechtigkeit und Dekolonisierung braucht es einen klar formulierten politischen Willen für eine plurale Zivilgesellschaft, die sich nicht scheut, politische Entscheidungen zu kritisieren und damit einen elementaren Bestandteil demokratischer Diskurse bildet. Es sollte daher die Aufgabe demokratischer Parteien sein, die Handlungsräume für Engagement und Zivilgesellschaft zu schützen und zu stärken - sei es durch die Überarbeitung von Gesetzen, der Finanzierung gesellschaftskritischen Engagements oder die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Expertise bei der Erarbeitung von Konzepten.

Wir als zivilgesellschaftliche Akteur:innen und als Netzwerke werden die erkämpften Räume halten und sichern. Dafür wünschen wir uns eine solidarische Zivilgesellschaft, die Kämpfe gemeinsam denkt und sich über unterschiedliche Erfahrungen und Lebensrealitäten hinweg für eine gerechte und inklusive Gesellschaft einsetzt.

Wir wünschen uns eine Öffentlichkeit, die nicht die Augen vor rassistischen oder antisemitischen Vorfällen verschließt, sondern den Mut hat, laut zu werden, wenn es unbequem wird. Und die in Solidarität mit Betroffenen aktiv wird.

¹ <https://fra.europa.eu/de/news/2023/schwarze-der-eu-sind-immer-groesserem-rassismus-ausgesetzt>,
<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/deutschland-rassismus-studie-100.html>

² https://polizeistudie.de/wp-content/uploads/Abschlussbericht_MEGAVO.pdf,
<https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/polizei-polizeistudie-100.html>

³ <https://www.brot-fuer-die-welt.de/themen/atlas-der-zivilgesellschaft/zusammenfassung-2024/>

Zeitstrahl 2024

Gesamtstädtischer Aufarbeitungsprozess zu
Berlins kolonialer Vergangenheit



März

opening spaces –
Ein starkes dekoloniales
Bündnis gestalten!

"We Want Them Back" –
Sneak Preview

April

Veröffentlichung des
Sammelbandes: Dekoloniale
Rechtswissenschaft und -praxis



Juni

Lehrpläne dekolonisieren 2.0

Oktober

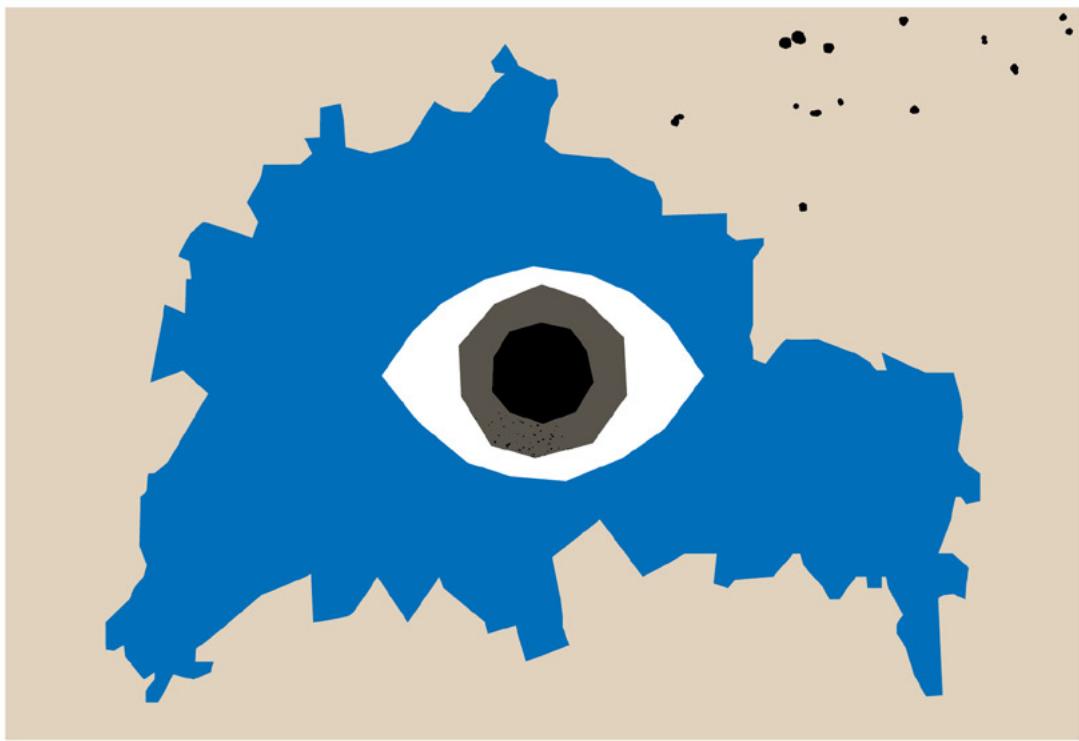
Bundesweites Vernetzungstreffen „Dekolonisierungsprozesse intersektional denken“

November

Workshop: Dekoloniale Ansätze in der Sozialpädagogischen Arbeit

Anti-Schwarzen Rassismus sichtbar machen!

NARUD e.V.



Am 22.02.2024 ging ein Schwarzes Paar mit seinen zweijährigen Kindern durch den Berliner Bezirk Schöneberg, als eine Passantin beiden Kindern unvermittelt ins Gesicht spuckte. Als die Eltern die Frau konfrontierten, beleidigte sie die Familie rassistisch. Solche Vorfälle sind leider Alltag in Berlin. Die Berliner Register¹ dokumentieren rassistische, antisemitische, behindertenfeindliche und extrem rechte Vorfälle wie diesen. 2023 erfassten die Berliner Register 304 Vorfälle mit anti-Schwarz rassistischem Motiv. Dabei handelt es sich nicht nur um tätliche Angriffe, sondern auch

304

vom Berliner Register erfasste
Vorfälle mit anti-Schwarz
rassistischem Motiv 2023

um Bedrohungen, Beleidigungen, Sachbeschädigungen, strukturelle Benachteiligungen und Propagandavorfälle. Die Vorfälle stammen aus der Presse, von Beratungsorganisationen oder werden uns von den Betroffenen direkt gemeldet. Im Vergleich zu anderen rassistischen Vorfällen sind bei den gemeldeten anti-Schwarz rassistisch motivierten Vorfällen besonders oft Kinder betroffen. Schon Kleinkinder laufen Gefahr, auf der Straße angegriffen, angespuckt oder rassistisch beleidigt zu werden. Besonders häufig sind Übergriffe auf Kinder im öffentlichen Nahverkehr. Aber auch in Berlins Schulen kommt es immer wieder zu Situationen, in denen Schwarze Kinder Opfer von rassistischem Mobbing werden. 2023 erfassten wir 32 anti-Schwarz rassistische Vorfälle an Schulen.

32

anti-Schwarz rassistische
Vorfälle an Berliner
Schulen 2023

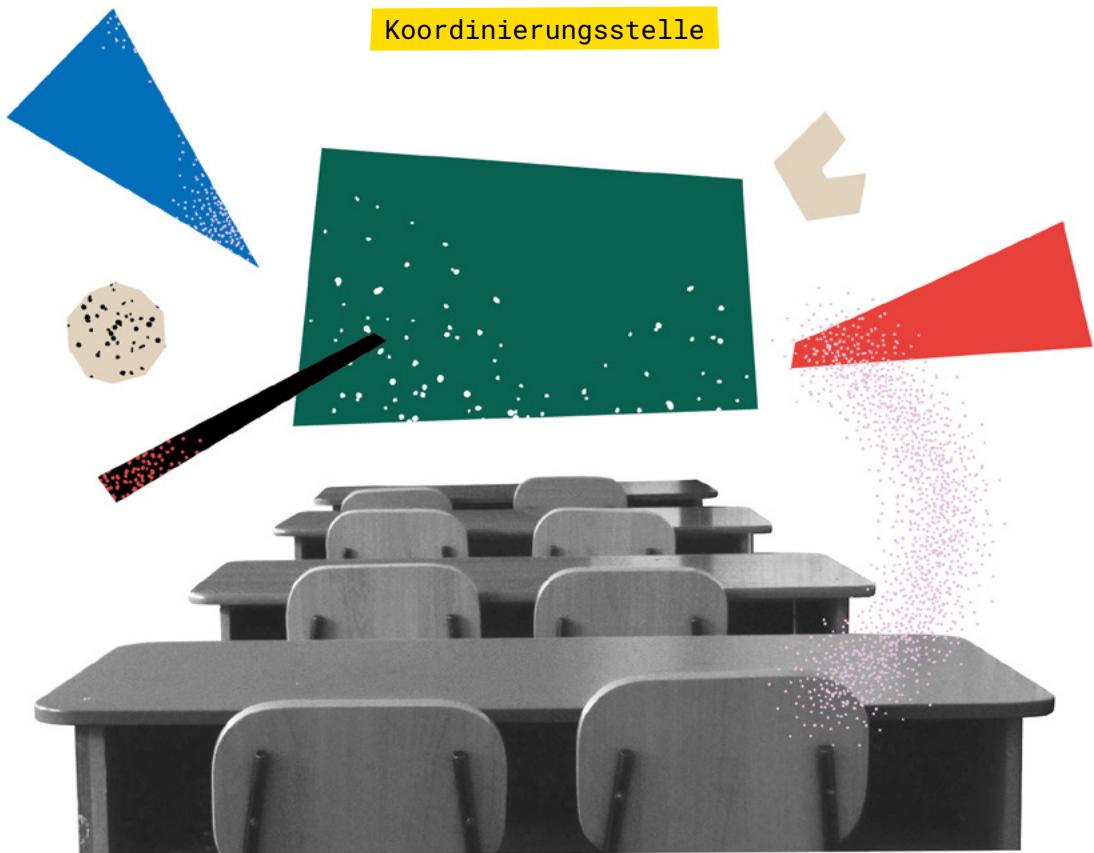
Dabei beobachten wir häufig eine Täter-Opfer-Umkehr. Statt Schwarze Kinder zu schützen, unterstellen Lehrkräfte ihnen, sie seien aggressive oder „schwierige“ Kinder. Lehrkräfte und Eltern, die Rassismus an Schulen thematisieren, werden dabei oft als Querulanten und Nestbeschmutzer abgetan. Wenn Schulleitungen anerkennen, dass Rassismus auch an der eigenen Schule ein Problem ist, fällt häufig Schwarzen Lehrkräften die Aufgabe zu, Veranstaltungen, Workshops und Weiterbildungen zu organisieren. Eine weitere Besonderheit bei anti-Schwarzem Rassismus ist, dass die Hälfte aller erfassten Vorfälle in die Kategorie „strukturelle Benachteiligung“ fällt. Diese schließt Diskriminierungen durch Ämter, am

Arbeitsplatz, auf dem Wohnungsmarkt oder im Gesundheitswesen mit ein. Im Gesundheitswesen werden die Beschwerden Schwarzer Menschen häufig nicht ernst genommen, ihre Schmerzen abgetan oder sie werden herablassend behandelt. Besonders viele uns gemeldeter Vorfälle ereigneten sich beim Berliner Landesamt für Einwanderung, vor allem im Sommer des vergangenen Jahres, als die Aufenthaltsgenehmigungen vieler aus der Ukraine Geflüchteter, sogenannter „Drittstaatsangehöriger“, ausliefen und das Landesamt mit der Erneuerung überfordert war. Die Benachteiligungen gingen nicht nur von Mitarbeitenden des Landesamts aus, sondern auch vom Personal der dort agierenden Sicherheitsfirmen. Die Meldungen über die Probleme am Landesamt für Einwanderung erreichten uns aus verschiedenen Communities und Unterstützungsnetzwerken. Dabei sorgte unter anderem die bessere Vernetzung mit diesen Schwarzen Selbstorganisationen für den Anstieg der uns gemeldeten Vorfälle in den letzten Jahren. In individuellen Beratungsgesprächen erzählen die Betroffenen eher von ihren Erlebnissen. Aus unseren Zahlen entnehmen wir auch, dass Schwarze Betroffene eher bereit sind, Vorfälle zu melden, wenn ihre Kinder ebenfalls betroffen sind.

Viele Schwarze Organisationen sind in Dekolonisierungsprozesse eingebunden, dekoloniale Bündnisse sind daher enorm wichtig für die Vernetzung innerhalb der Communities. Wir müssen die Schwarzen Communities stärker dafür sensibilisieren, Vorfälle zu melden, um Lagebilder zu erstellen und belegbar Rassismus öffentlich zu machen. Darauf hinaus haben Dekolonisierungsprozesse bereits wichtige Ansätze hervorgebracht, um gegen anti-Schwarzen Rassismus vorzugehen. So muss Rassismuskritik in der Ausbildung von Lehrkräften und Verwaltungsmitarbeitenden verankert werden. Wenn wir den Druck auf die Politik erhöhen wollen, unsere Forderungen endlich nachhaltig umzusetzen, sind verlässliche Zahlen zu anti-Schwarzem Rassismus unabdingbar.

¹ <https://berliner-register.de/>

Dekolonisierung des Bildungsbereichs



Das heutige Bildungssystem ist noch immer durchzogen von historischen Machtverhältnissen, eurozentrischen Perspektiven und kolonialen Kontinuitäten. Dies spiegelt sich in den Ausbildungsstrukturen der Lehrkräfte, den Curricula der Universitäten, den Bildungsansätzen in Kindertageseinrichtungen, Schulen und bei vielen außerschulischen Bildungsangeboten und in den Lehrplänen wider. Bei eingehender Betrachtung zeigt sich so, welches Wissen und welche Wissenssysteme als relevant gelten und welche marginalisiert werden. Seit vielen Jahrzehnten gibt es zivil-

gesellschaftliche Forderungen nach Umsetzung des Rechts auf diskriminierungsfreie Bildung. Beispiele dafür sind unabhängige Beschwerdestrukturen, verpflichtende diskriminierungskritische Fortbildungen für Lehrkräfte und die kritische Überprüfung von Lehrinhalten.

Um Dekolonisierungsprozesse im Bildungsbereich anzustoßen, braucht es eine kritische Auseinandersetzung mit relevanten Fragen: Wie wurde und wird Wissen produziert? Was gilt im Bildungskontext als „wissenswert“? Wer spricht? Für wen sind Räume wie Kindergärten, Schulen

und Universitäten gedacht? Und wer wird nur mitgedacht - und wer nicht? Da Dekolonisierung ein Querschnittsthema ist, müssen die oben genannten Bereiche des Bildungssystems auf eben diese Fragen geprüft werden. Dies ermöglicht Heranwachsenden, aber auch Menschen, die erst in der Erwachsenenbildung mit dem Thema der Dekolonisierung konfrontiert werden, bestehende Herrschaftsverhältnisse zu analysieren. Nur so lässt sich sicherstellen, dass das Recht auf eine diskriminierungsfreie Bildung, gemäß dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz und dem Berliner Schulgesetz, auch tatsächlich umgesetzt ist.

Aktivitäten im vergangenen Jahr

Basierend auf dem Maßnahmenkatalog haben wir auch im Jahr 2024 unsere Arbeit im Bildungsbereich fortgeführt. Ein wichtiger Schwerpunkt war erneut die Überarbeitung der Rahmenlehrpläne, mit denen wir uns intensiv und im Austausch mit sehr vielen Akteur:innen aus den unterschiedlichsten Bereichen beschäftigt haben. Zu Beginn der öffentlichen Anhörungsphase richtete die Koordinierungsstelle eine Veranstaltung aus, bei der Fachleute ihre Expertisen zu den überarbeiteten Fächern zur Verfügung stellten und somit einer breiten Öffentlichkeit Unterstützung bei der Kommentierung der neuen Rahmenlehrpläne lieferten. Die erarbeiteten Positionen zu den neuen Rahmenlehrplänen in den Fächern Geschichte, Geografie, Politische Bildung und Philosophie wurden in verschiedenen Formaten vorgestellt, u. a. im Bildungsausschuss des Abgeordnetenhauses oder als öffentliche Kommentierung an die zuständige Behörde.

Eine Forderung aus dem Maßnahmenkatalog von Decolonize Berlin ist die nach der verpflichtenden Einführung diversitätssensibler Lerninhalte für die Lehrkräfteausbildung. Wir betrachten dies als einen notwendigen Bestandteil der Ausbildung, um sicherzustellen, dass Schüler:innen Lehrkräfte zur Seite stehen, die fundierte Kenntnisse über die vielfältigen und häufig von



Foto: Adel Oworu

Diskriminierung geprägten Lebensrealitäten der Lernenden besitzen. Derzeit baut Berlin mit dem BLiQ ein eigenes Landesinstitut für die Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften auf. Dies wäre der ideale Zeitpunkt, um die Forderung aus der Senatsvorlage¹ umzusetzen. Bislang liegen jedoch weder uns noch der Öffentlichkeit Details zum Aufbau dieses Institutes vor.

Auch das Berliner Bildungsprogramm, das die Grundlage für die Bildungsarbeit in Kindertagesstätten liefert, erforderte eine (Neu)Kommunikation. Dabei argumentierten wir aus der Grundhaltung heraus, dass frühkindliche Bildung gerechte, vielfältige und lebensnahe sowie intersektionale Perspektiven enthalten muss.

Decolonize Berlin war in diesem Jahr erneut Teil der Arbeitsgruppe „Globales Lernen“, um sich auch über das Thema Dekolonisierung im Kontext von globalem Lernen und nachhaltiger Bildung auszutauschen.

Schließlich bleibt noch zu erwähnen, dass wir seit Mitte 2024 dabei sind, unseren Arbeitskreis Bildung wiederzubeleben. Im Vordergrund stehen die Vernetzung von Akteur:innen in der außerschulischen Bildung mit Personen, die im Bildungssystem arbeiten. Der Arbeitskreis steht jeder Person offen, und wir freuen uns über Zuwachs.

¹ <https://www.parlament-berlin.de/ados/19/IIIPlen/vorgang/d19-0954.pdf>

Für eine kritische Diversitätsbildung der Berliner Lehrkräfte

Dr. Chripa Schneller



Reicht es eigentlich, dem Thema Diversität gegenüber offen eingestellt zu sein? Und ist Diskriminierungsschutz allein durch den guten Willen aller Beteiligten zu erreichen? Spoiler: nein. Denn wenn dem so wäre, müssten Schulen im Jahr 2024 Orte sein, an denen Kinder nicht mehr unterschiedlich behandelt werden, wenn sie 'anders' gelesen werden. Sätze wie "Du siehst gar nicht aus wie ein richtiger Junge", "Du kannst doch gar nicht so gut sein, du bist nicht deutsch" oder "...voll billig, wie deine Eltern" gehörten der Vergangenheit an. Und wenn sie fielen, dann sicher nicht durch Lehrkräfte. Diese wären vielmehr in der Lage, diskriminierende Verletzungen und Konflikte pädagogisch aufzufangen. Dass dem nicht so ist, zeigen die steigende Nutzung von Beratungsstellen, anonyme Beschwerden und die öffentliche Thematisierung von Diskriminierung.¹ Natürlich sollen Kinder streiten und dabei lernen, eigene Konflikte zu lösen. Schüler:innen für einen respektvollen Umgang miteinander zu stärken, heißt jedoch, strukturelle Diskriminierung von individuellen Streitigkeiten abgrenzen und intervenieren zu können. Wenn zum Beispiel ein Schwarzes Kind "hässlich" genannt wird, weil es nicht einem eurozentrischen Ideal entspricht, geht es um mehr als Bodyshaming. Koloniale Kontinuitäten lenken auch heute noch mehr oder weniger bewusst unsere Wahrnehmung von Normen wie beispielweise unsere Vorstellung von Schönheit.

Um die Bedeutung einer kritischen Diversitätsbildung für Lehrkräfte explizit darzustellen, ist es zunächst hilfreich, ein Verständnis von Diversität zu entwickeln. Seth Asumah und Mechthild Nagel nähern sich dem Begriff so:

"Diversity refers to the variety created in any society (and within any individual) by the presence of different points of view and ways of making meaning in discussions and actions which generally flow from

references to different races, ethnicities, cultures, and religious heritages, from the differences in the socialization processes of women, men, and gender non-binary people, and from differences that emerge from class, age, and developed ability."²

Das Zitat macht eines sehr deutlich: Diversität ist gesellschaftliche Realität. Sie besteht in der Vielfalt einer Gesellschaft und in jedem von uns (within any individual). Sie besteht auch in unterschiedlichen Perspektiven (different points of view) sowie in der Schaffung von Bedeutung (making meaning). Und gerade das "making meaning" ist für eine kritische Diversitätsbildung so wichtig. So wird nämlich darauf hingewiesen, dass alle genannten Dimensionen Konstrukte sind. Ethnizität oder 'Rasse' sind beispielsweise nicht genetisch begründbar. Sie sind nicht real, aber sie schaffen Bedeutung. Und sie können sehr reale Folgen haben: sie können zu gesellschaftlichen Ausschlüssen führen. Ein seit Jahrzehnten ausführlich dokumentiertes Beispiel für einen solchen Ausschluss im Bildungssystem ist Klassismus. Ein Kind, das heute die Grundschule besucht, wird sehr viel wahrscheinlicher studieren, wenn beide Eltern selbst einen Hochschulabschluss haben.³ Der Bildungsabschluss der Eltern beeinflusst die Bildungschancen des Kindes – Begabung ist dabei meist zweitrangig.

Auch wenn Gesellschaften also von Vielfalt geprägt sind, findet sich diese gesamtgesellschaftliche Vielfalt nicht automatisch in allen Teilbereichen wieder. Es gibt zahlreiche Repräsentationsdefizite, eben auch im Bereich der Bildung. Dabei spielt nicht nur Klassismus eine Rolle. Auch rassistisch diskriminierte Menschen fehlen sehr deutlich unter Lehrkräften und dort, wo diese ausgebildet werden. Um Rassismus, Klassismus und anderen Formen von Diskriminierung im Klassenzimmer entgegenzuwirken, ist

¹ Das Video "Die 4 Punkte – Kinder testen die Antidiskriminierungsstelle KiDs" bringt die genannten drei Punkte gut zum Ausdruck. [online] https://www.youtube.com/watch?v=oy0bpawc0_Q [abgerufen am 04.09.2024]

² Asumah, S. & Nagel, M (2024): Reframing diversity and inclusive leadership: race, gender, and institutional change, Albany: State University of New York Press, S. 15-16.

³ Baudson, T. & Altieri, R. (2022): Wer kommt an die Spitze? Klassismus in Academia, in: Forschung & Lehre, 29(1), S. 26-28.

nicht zuletzt bei der Lehrkräfteausbildung anzu-setzen. Die Frage, wie Repräsentation insgesamt gestärkt werden kann, hängt direkt mit der Frage nach Diskriminierungsschutz im Bildungsbereich zusammen.

Wo stehen wir in Sachen Diskriminierungsschutz und Diversität? Es gibt aktuell ein wachsendes Bewusstsein, viel guten Willen und in einigen Bereichen auch langjährige Praxis. Jede Berliner Hochschule nennt das Thema Diversität auf ihrer Website oder in ihren Leitlinien. Alle haben Antidiskriminierungsmaßnahmen und verschiedene diversitätsrelevante Stellen (z. B. Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte, Familienbüros etc.). Im Lehramtsstudium gibt es zunehmend Möglichkeiten für machtkritische Reflektionen. Auch viele Berliner Schulen setzen auf konkrete Initiativen, sprechen sich beispielsweise gegen Rassismus aus oder haben Queer-AGs. Nicht zuletzt gibt es in Berlin die gesetzliche Grundlage des Landesantidiskriminierungsgesetzes (LADG), welches einige Lücken des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) im Bildungsbereich schließt. Wenn es die meisten Menschen und Institutionen also gut meinen und ihre Anliegen konkret umsetzen: warum bleiben so viele strukturelle Ausschlüsse weiter bestehen?

Die Antwort liegt in dem Fehlen eines systematischen Verständnisses dieser Diskrepanz. Das Konzept des „Reframing“⁴ bietet eine Grundlage für ein solches Verständnis. Mit Reframing werden zum einen individuelle Umgangsstrategien von diskriminierten Personen beschrieben, die strukturelle Ausschlüsse erhalten und legitimieren, indem sie den eigenen Widerstand als allgemeingültig rahmen. Beispiele dafür sind Queerfeindlichkeit unter BIPOC, die Reproduktion von Rassismus gegen Frauen* of Color durch weiße

Frauen* oder die De-Thematisierung von Klassismus bei der Bewertung der eigenen Rassismuserfahrung als Kind von Akademiker:innen. Sätze wie „Bruder, bist du schwul!“, „Ich sehe deine Hautfarbe doch gar nicht“ oder „Ich habe halt hart gearbeitet und war zum richtigen Zeitpunkt am richtigen Ort“ sind auch 2024 leider noch an der Tagesordnung. Sie blenden eigene Privilegien aus und verharmlosen Mehrfach-Betroffenheiten als individuelles Problem. Das Problem verstetigt sich, wenn Institutionen diese Perspektiven aufgreifen. Dies zeigt sich in Teilmaßnahmen (z. B. Mentoring für Mädchen*) und meist auf den Einzelfall beschränkte Lösungen. Auch Schulen und andere Bildungsinstitutionen praktizieren so Reframing, sie reproduzieren diskriminierende Strukturen durch (gut gemeinte) institutionelle Diversity-Ansätze.⁵ Die Strukturen selbst können dadurch aber nicht verändert werden.

Für eine nachhaltige Diversitätspraxis an Berliner Schulen sind guter Wille und eine offene Haltung wichtige Voraussetzungen. Aber es braucht eine kontinuierliche Vermittlung von Wissen über Diversität und Diskriminierung. Dazu gehören eine solide, theoretische Fundierung hinsichtlich der Zusammenhänge verschiedener Diskriminierungsformen⁶, des Erkennens und der Vermeidung von Reframing sowie Kenntnis der historischen Kontinuitäten von Diskriminierung.⁷ Nur dann können Ausschlüsse und Konflikte proaktiv erkannt, vermieden oder sensibel gelöst werden. So wie Schüler:innen in ihren Lernprozessen professionell angeleitet werden, sollte eine kritische Diversitätsbildung für Lehrkräfte auch nicht dem Zufall oder dem Selbststudium überlassen werden. Sie braucht Zeit, Ressourcen und Expertise. Denn es geht um die Würde von Kindern.

⁴ Schneller, C. (2023): Does migration matter? Rassifizierende Zugehörigkeitsordnungen im Raum Hochschule und Umgangsstrategien mit der Ansprache als Studierende mit „Migrationshintergrund“. Dissertationsschrift an der Universität Bremen, S. 152.

⁵ Schneller, C. (2024): Antidiskriminierungsberatung an Hochschulen: von der Theorie zur Praxis. edoc-Server. [Preprint]. <https://doi.org/10.18452/29457>

⁶ Das Stichwort lautet Intersektionalität. Eine kurze Einführung zu Intersektionalität gibt es hier: [online] <https://www.gwi-boell.de/de/2019/04/12/intersektionalitaet-eine-kurze-einfuehrung> [abgerufen am 04.09.2024]

⁷ Burley, S. & Lorber, B. (2024): Safety through Solidarity – a radical guide to fighting antisemitism. New York: Melville House Publishing.

Diversität in deutschen Schulcurricula.

Cheikh Anta Diop, Sophie Bosede Oluwole, May Ayim a.o. wanted!

Deutsche Schulcurricula sind eurozentristisch und hauptsächlich von weißen Perspektiven geprägt. Lehrpläne zu diversifizieren bedeutet, Perspektiven aus dem Globalen Süden einzubinden, europäische Werke kolonial- und rassismuskritisch zu analysieren, aber in diesem Kontext auch auf ihre Relevanz zu überprüfen.

Dolly Afouamba und Katharina Lipowsky

Initiative Perspektivwechsel e.V.

2023 setzte sich die Schwarze Lehrerin Jasmin Blunt mit einer Petition dafür ein, das Buch „Tauben im Gras“ vom Lehrplan zu streichen. Das Werk von Wolfgang Koeppen aus dem Jahr 1951 wiederholt etwa einhundertmal unkommentiert das N*Wort und reproduziert sprachlich und inhaltlich rassistische Abwertungen Schwarzer Menschen. In Baden-Württemberg ist es Abitur-Pflichtlektüre. Das dortige Kultusministerium hielt nach dem öffentlichen Protest von Blunt zunächst an dem Werk fest, da über das Buch Rassismus in Deutschland thematisiert werden solle. Blunt gab

zu bedenken: „Es gibt auch andere Werke, mit denen man wahnsinnig gut Rassismus aufarbeiten kann, ohne dass man eine Gruppe dehumanisiert.“¹ Das Ministerium lenkte schließlich ein und stellt es Lehrerenden ab 2025 frei, ob sie das Buch von Koepen mit ihren Schüler:innen lesen.

Mangelnde Rassismus- und kolonialkritische Expertise im Bildungswesen

Die Debatte um „Tauben im Gras“ verdeutlicht einmal mehr, wie wichtig es ist, dass Schwarze Menschen durch ihre Präsenz in Bildungsinstitutionen

ein Diskurswandel anstoßen. Sie zeigt auch, dass die verantwortlichen Institutionen weiterhin an sogenannten Literaturklassikern festhalten, und wie sehr es an Expertise mangelt, wenn es um die Thematisierung von Rassismus geht. Diese fehlenden Kenntnisse führen dazu, dass rassistische Sprache und Inhalte bei der Thematisierung von Rassismus reproduziert werden, wie im Fall von „Tauben im Gras“. Oder dass Lehrende Kolonialismus und Rassismus als Themen komplett aussparen.

Dabei könnte die Problematik der mangelnden rassismus- und kolonialkritischen Expertise schon während des Lehramtstudiums behoben werden, beispielsweise mit der Einführung verpflichtender Module zum Umgang mit Diskriminierung und der Diversifizierung von Inhalten. Die Lehramtsstudiengänge konzentrieren sich noch zu sehr auf homogene Ansätze und beinhalten nicht ausreichend die Auseinandersetzung mit kultureller, ethnischer oder sozialer Vielfalt. Diese Lücke in der Ausbildung begrenzt die Fähigkeit des Lehrpersonals, angemessen auf die vielfältigen Bedürfnisse der Schüler:innen in einem zunehmend multikulturellen Umfeld zu reagieren. Oft werden biografische, sprachliche oder kulturelle Erfahrungen von Schüler:innen mit Migrationsbiografie im Unterricht nicht widergespiegelt. Sie fühlen sich daher ausgeschlossen oder missverstanden. Dies kann negative Auswirkungen auf ihre Motivation und schulischen Leistungen haben². Darüber hinaus sind Lehrkräfte mit Migrationsbiografie trotz großem Lehrkräftemangels in Deutschland noch immer unterrepräsentiert. Laut einer Angabe der Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung (2024) zeichnen sich „ungenutztes Potenzial für die Gewinnung von qualifizierten Lehrkräften und hohe Hürden für zugewanderte Lehrer:innen (...) in der Anerkennung von ausländischen Lehrberufsqualifikationen ab. In nur 14 Prozent der 2022 abgeschlossenen Antragsverfahren wurden Qualifikationen als voll gleichwertig anerkannt.“³ Und das, obwohl im Jahr 2023 insgesamt 12 Prozent der Neueinstellungen in den Schuldienst keine klassische Lehramtsausbildung (Quereinsteiger:innen) absolviert hatten.

Neben der Ausbildung der Lehrkräfte mangelt es auch in den verwendeten Lehrmaterialien oft an Diversität. Schulbücher und andere pädagogische Ressourcen konzentrieren sich in der Regel auf eurozentrische Perspektiven. Diese begrenzte Darstellung verstärkt Stereotype und nimmt den Schüler:innen die Möglichkeit, sich mit der Vielfalt der Perspektiven auseinanderzusetzen, die unsere heutige Welt prägen. Darüber hinaus sind die im Unterricht behandelten Themen oft nicht inklusiv. Der Unterricht folgt häufig einem eindimensionalen Ansatz, der die Komplexität der Multiperspektivität und der erlebten Realitäten der Schüler:innen nicht widerspiegelt. Selbst wenn der Unterricht Kolonialismus oder Migration aufgreift, werden die Perspektiven der Kolonisierten oder Migrant*innen selbst ignoriert. Dies verstärkt eine verzerrte Sicht auf Geschichte und soziale Dynamiken und schließt wichtige Stimmen von der Debatte aus.

Es ist daher nicht überraschend, dass in Bildungseinrichtungen Schüler:innen mit Migrationsbiografie⁴ Rassismus und Diskriminierung erfahren. Laut einer 2014 veröffentlichten qualitativen Studie des Diplompädagogen Toan Nguyen zu schulischen Rassismuserfahrungen haben viele Befragte entweder die Schule abgebrochen oder die Einrichtung gewechselt, weil sie das Vertrauen in die Lehrer:innen, das Schulmaterial und die Schule selbst verloren haben. Die Soziologin Nkechi Madubuko stellte 2018 fest, dass „einige sogar aufgrund permanenten Mobbings in der Schule erkranken“.⁵ Sie erklärte weiter, dass die ständige Notwendigkeit, sich in der Schule zu behaupten und wiederholt mit rassistischer Ablehnung und Vorurteilen konfrontiert zu sein, für Kinder und Jugendliche eine zusätzliche Herausforderung in ihrer Identitätsentwicklung darstelle.

Aus der Praxis: Antikoloniale Bewegungen im Schulunterricht

Was passiert, wenn Schüler:innen Perspektiven abseits des weißen europäischen Mainstreams kennenlernen, erleben wir immer wieder in unseren Workshops an Schulen. Im Rahmen des Projekts „Auf den Spuren des Widerstands gegen

Rassismus“ sensibilisieren wir für anti-Schwarzen Rassismus als Vermächtnis deutscher Kolonialgeschichte und ermutigen junge Menschen, sich antirassistisch zu positionieren. Wir lesen mit den Schüler:innen in unserem Comic „Widerstand. Drei Generationen antikolonialer Protest“ die Geschichte von Duala Manga Bell, der sich Anfang des 20. Jahrhunderts gemeinsam mit weiteren Duala-Königen gegen die rassistischen Pläne der deutschen Kolonialmacht wehrte, die Handelsmetropole Douala in einen Schwarzen und einen weißen Stadtteil zu segregieren. Die Duala nutzen vielfältige Widerstandsstrategien wie Petitionen, Besetzungen, Boykotte oder Demonstrationen, die bis heute von zivilgesellschaftlichen Akteur:innen genutzt werden, um sich gegen politische Missstände aufzulehnen. Schüler:innen sind häufig überrascht, dass antikoloniale Proteste mit ähnlichen politischen Druckmitteln gearbeitet haben, die ihnen auch aus der heutigen Zeit bekannt sind. Die meisten Schüler:innen kommen durch diesen Comic zum allersten Mal mit Schwarzen/Afrikanischen Perspektiven in Kontakt. Gerade

**Die meisten Schüler:innen
kommen durch diesen Comic
zum allersten Mal mit
Schwarzen/Afrikanischen
Perspektiven in Kontakt**

die älteren Zielgruppen ab der Sekundarstufe II bringen ihre Empathie oder Solidarität mit den Kämpfen der Duala zum Ausdruck. Teilweise können Schüler:innen von hier aus bereits an eigenes

politisches oder zivilgesellschaftliches Engagement anknüpfen.

Lernplattform Kolonialismus

Anknüpfend an die positive Rezeption des Comics „Widerstand“ plant der Verein Initiative Perspektivwechsel e.V. weitere Materialien in Comicform zu entwickeln, die antikoloniale Widerstandsbewegungen porträtieren, welche sich gegen die deutsche Kolonialpolitik und deren Kontinuitäten organisieren. Die Umsetzung in Form einer digitalen Lernplattform soll einen direkten Zugriff auf Lerninhalte bieten sowie die Bestellung von Comics mit Lernaufgaben ermöglichen. Die verhandelten Geschichten des Widerstands sollen anknüpfbar an viele verschiedene Schulfächer sein. Darüber hinaus ist der Aufbau einer Datenbank geplant, die entlang der gültigen Rahmenpläne der Bundesländer Lernwerke und Unterrichtsmaterialien aus antikolonialen Perspektiven des Globalen Südens auflistet.

So könnte beispielsweise der Französischunterricht die Forschungen des senegalesischen Wissenschaftlers Cheikh Anta Diop beinhalten, anstatt die französische Kolonialgeschichte ausschließlich aus der eurozentrischen Sicht der Kolonisatoren zu wiederholen und zu diskutieren. Die Werke der nigerianischen Philosophin Sophie Bosede Oluwole könnten Schüler:innen einen ersten Impuls zu afrikanischen philosophischen Denkschulen vermitteln. Und die Auseinandersetzung mit der Lyrik der Dichterin May Ayim im Deutschunterricht ermöglicht Schüler:innen einen Zugang zum Leben und Schaffen afrodeutscher Communities.

¹ <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/bw-kultusministerium-pro-umstrittene-abitur-lektuere-100.html>

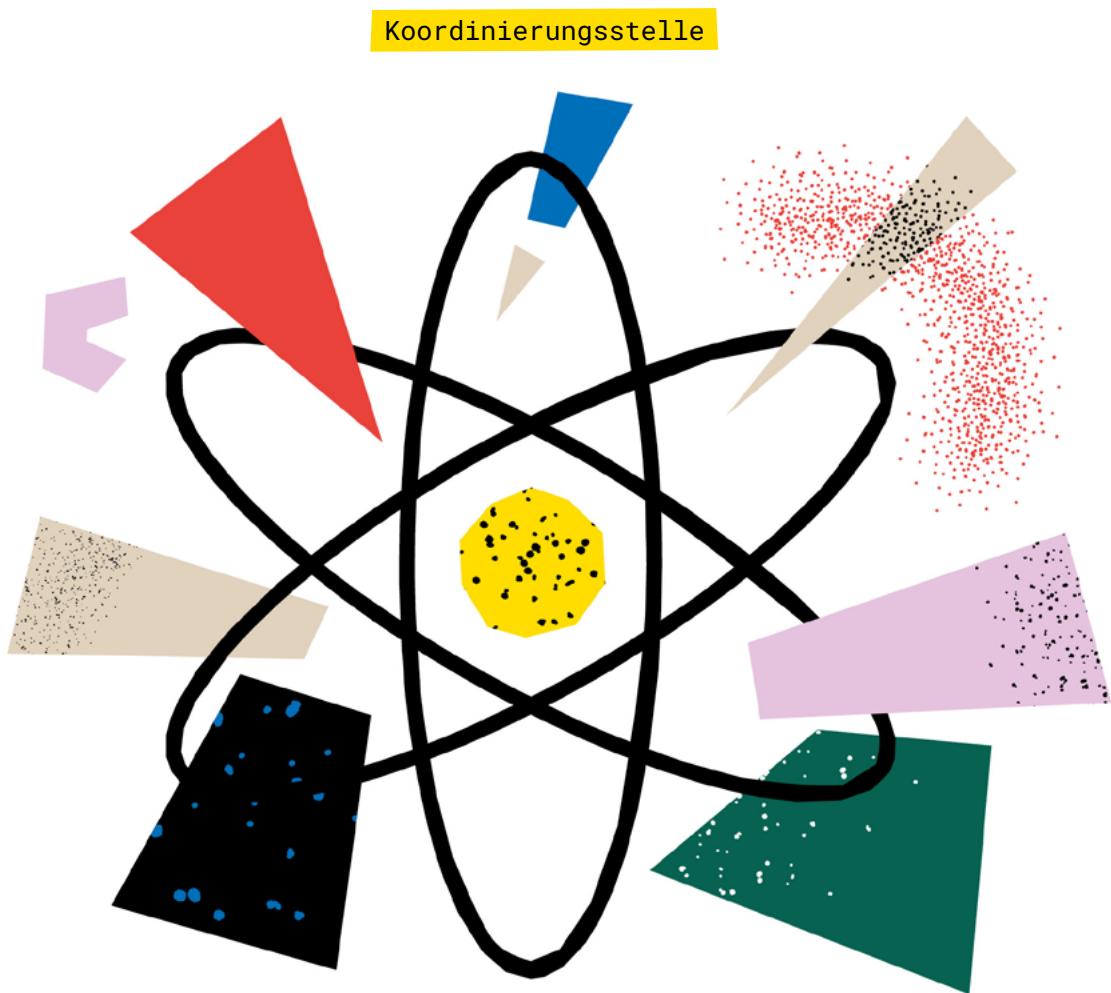
² Madubuko, Nkechi (2018). Empowerment als Erziehungsaufgabe: Praktisches Wissen für den Umgang mit Rassismus-erfahrungen (S.34). UNRAST Verlag. Kindle-Version.

³ Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung. Bildung in Deutschland kompakt 2024. Zentrale Befunde des Bildungsberichts. Veröffentlicht von dem Bundesministerium für Bildung und Forschung und der Kultusminister Konferenz. 2024. S. 8

⁴ Vgl . Nguyen, Toan : Diversitätsbewusstsein - eine pädagogisch-politische Haltung . Untersterützen und stärken von marginalisierten SchülerInnen. In. Reader Schulsozialarbeit, Band 2, S. 16-41, Berlin 2014.

⁵ Madubuko, Nkechi (2018). Empowerment als Erziehungsaufgabe: Praktisches Wissen für den Umgang mit Rassismus-erfahrungen (S.34). UNRAST Verlag. Kindle-Version.

Vom Forschungsobjekt zum selbstbestimmten Subjekt werden – für eine postkoloniale Wissenschaft



Die europäische Erkenntnistheorie und deren Wissensbestände beruhen auf einer strikten Trennung: der Trennung zwischen dem erkennenden Subjekt und dem zu erkennenden Objekt. Die Übertragung dieser ursprünglich naturwissenschaftlichen Methode auf die Sozialwissenschaften hatte in der Geschichte, aber auch in der Gegenwart, verheerende Folgen. Der Kolonialismus und seine Verbrechen wurden durch anthropologische und ethnologische Forschungen, die auf der Subjekt-Objekt-Spaltung beruhen, 'wissenschaftlich' legitimiert. Der vermeintlich objektive Wissenschaftler, zumeist ein weißer Europäer, 'erforschte' Menschen und Gesellschaften des globalen Südens, die dabei zu 'leblosen' Objekten degradiert wurden – ohne Rechte und Handlungsmacht.

Das Ergebnis der 'Forschung' war von vornherein klar: Die vermeintliche Überlegenheit des Globalen Nordens wurde 'wissenschaftlich' belegt und damit die Rechtfertigung für koloniale Praxis geschaffen.

Die Hierarchisierung von Gesellschaften aufgrund kultureller Unterschiede hat eine lange Tradition. Der europäische Kolonialismus begann bereits im 15. Jahrhundert damit, Kulturen aus europäischer Perspektive zu kategorisieren. Dabei setzte sich das christliche Europa an die Spitze einer selbst konstruierten Zivilisation. Je größer die Nähe zum europäischen bzw. westlichen Selbst, desto zivilisierter galt die jeweilige Kultur. Und je weiter entfernt die Kulturen und Lebensweisen anderer Gesellschaften gesehen wurden, desto rückständiger und unzivilisierter galten sie schließlich. Bei der Bestimmung, ob eine Gesellschaft letztlich als 'zivilisiert' oder 'unzivilisiert' galt, spielte (und spielt) das wissenschaftliche Paradigma der Subjekt-Objekt-Spaltung eine wichtige Rolle.

Und diese Erkenntnis ist folgenreich, denn schließlich galt es als 'White Man's Burden', vermeintlich rückständige Gesellschaften auf den Weg der 'Zivilisation' zu führen. Damit wurde der Kolonialismus nicht nur legitimiert, sondern geradezu zur 'moralischen' Pflicht erhoben.

Vor diesem Hintergrund sind widerständige Perspektiven und Widerstände kaum oder gar nicht Gegenstand von Dokumentation und

Forschung und damit auch nicht Teil des Wissenskanons. Alles wird aus der Perspektive der Dominanzgesellschaft geschrieben, der es gelungen ist, alternative Wissensformen unsichtbar zu machen, um die eigene Dominanz nicht in Frage zu stellen und auch aufgrund eines sehr engen Verständnisses von Wissenschaftlichkeit, wie der einseitige Bezug auf Verschriftlichung.

Diese Wissenschaftstradition ist auch heute noch an europäischen Universitäten und Forschungseinrichtungen in aller Welt wirksam. Welches Wissen gilt als 'Wissen'? Wer tritt im heutigen Wissenschaftsbetrieb als Subjekt auf und wer wird zum leblosen Objekt degradiert? Wer

Wer tritt im heutigen Wissen-
schaftsbetrieb als Subjekt
auf und wer wird zum leblosen
Objekt degradiert?

ist Teil von akademischen Diskursen und wessen Perspektive fehlt? Und wie kann/können Wissenschaft/-en aussehen, die mit diesem längst überholten Paradigma brechen? Und wie wirken sich diese wissenschaftlichen Auseinandersetzungen auf die Struktur der Gesellschaft und den Alltag der Menschen aus? Diese Fragen beschäftigen nicht nur uns auf der Suche nach einer postkolonialen Wissenschaft.

In den vergangenen Jahren haben wir uns in verschiedenen Formaten mit den oben gestellten Fragen auseinandergesetzt. In diesem Jahr haben wir uns auf die praktischen Auswirkungen kolonialer Kontinuitäten im Recht konzentriert und gemeinsam mit dem *European Center for Constitutional and Human Rights* (ECCHR) den Sammelband "Dekoloniale Rechtswissenschaft und -praxis" herausgegeben, in dem sich die Autor:innen unter anderem mit den fortdauernden Auswirkungen kolonial geprägter Strukturen im modernen (Völker-)Recht auseinandersetzen. Dieser Sammelband ist bewusst als wissenschaftliche Intervention konzipiert und soll Rechtswissenschaftler:innen sowie Aktivist:innen dazu anregen, sich kritisch mit der Thematik auseinanderzusetzen.

Dekoloniale Rechtswissen- schaft und -praxis

Koordinierungsstelle

Koloniale Annahmen, Theorien und Strukturen sind tief in der Rechtswissenschaft und -praxis verwurzelt, wie beispielsweise in der epistemischen Dominanz westlicher, insbesondere europäischer und nordamerikanischer Rechtsverständnisse und -traditionen oder im Anspruch auf Universalität. Die koloniale Dichotomie zwischen dem „Zivilisierten“ und dem „Wilden“ spiegelt sich nicht nur im Rechtsverständnis und in der Rechtsauslegung der Kolonialzeit wider, sondern wirkt bis in die Gegenwart fort. Sowohl in den Gesetzen als auch in den heutigen internationalen Strukturen und den Menschenrechten, in denen die Machtasymmetrien zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden fortbestehen.

Der im Frühjahr 2024 von Decolonize Berlin und dem *European Center for Constitutional and Human Rights* (ECCHR) herausgegebene Sammelband „Dekoloniale Rechtswissenschaft und -praxis“ beleuchtet koloniale Kontinuitäten im deutschen und internationalen Völkerrecht und versucht, Theorie und Praxis zu verbinden, ohne sich auf ein einzelnes Beispiel zu beschränken. Die Publikation leistet damit einen Beitrag zu einem breiten Diskurs, der die notwendige Auseinandersetzung mit Kolonialität und strukturellem Wandel im Recht anregt. Diese Reflexion erfordert eine umfassende Transformation von Rechtspraktiken und Wissensstrukturen, die koloniale und diskriminierende Muster reproduzieren. Der Sammelband versteht sich als Impuls für diesen dringend notwendigen Wandel.

Die Artikel der 12 Autor:innen widmen sich Themen wie beispielsweise dem Zugang zu Staatsangehörigkeit, dem Umgang mit dem N*Wort im Strafrecht, der Kolonialisierung „Cameroons“, dem Weltrechtsprinzip und einer Analyse

des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes. Ein Hauptanliegen ist es, den Leser:innen eine Grundlage für eine selbstkritische Auseinandersetzung zu bieten, die über den Band hinaus in die deutsche Rechtswissenschaft und -praxis hineinwirkt. Die koloniale Vergangenheit prägt nach wie vor unsere Gegenwart und Zukunft, und nur durch die Entwicklung neuer Denk- und Rechtsansätze können diese Prägungen aufgelöst werden. Dazu bedarf es nicht nur der interdisziplinären Zusammenarbeit, sondern auch der Bereitschaft, die eigene Rolle und die Strukturen, in denen man agiert, kritisch zu hinterfragen.

Der Sammelband setzt außerdem einen gesellschaftlichen Gegenpol zur rein theoretischen Lehre und greift die alltäglichen Herausforderungen derer auf, die von diskriminierenden Rechtspraktiken betroffen sind. Beispiele, wie die verzögerte Ausstellung von Geburtsurkunden aufgrund der Infragestellung der Elternschaft, zeigen, dass es sich dabei nicht um Einzelfälle, sondern um strukturelle, institutionell verankerte Probleme handelt.

Die Herausgeber:innen sehen den Sammelband als Raum des Austauschs und Empowerments, in dem Wissenschaft, Praxis und Lebenswelt aufeinandertreffen. Der Band soll dazu anregen, hinter die Fassade des Rechts zu blicken, Argumente gegen diskriminierende Praktiken zu sammeln, das Recht dort anzuwenden, wo es antirassistische, dekoloniale und machtkritische Ansprüche trägt und Ansätze aufzeigen, wie diese formuliert werden können.



QR-CODE ZUM
RECHTSGUTACHTEN

Interventionen im öffentlichen Raum

Koordinierungsstelle

Die Narrative und Diskurse einer Erinnerungskultur spiegeln sich besonders deutlich im öffentlichen Raum wider. Sie zeigen, inwieweit eine Stadtgesellschaft bereit ist, sich kritisch mit ihrer Geschichtsschreibung und kolonialen Kontinuitäten auseinanderzusetzen. Öffentliche Plätze, Straßennamen, Denkmäler, Stolpersteine und Gedenkorte sind oft eurozentrisch geprägt und reproduzieren damit ein kollektives Gedächtnis aus einer einseitigen Perspektive.

Um öffentliche Räume zu dekolonisieren, bedarf es einer breiten gesellschaftlichen Debatte, die Gegenerzählungen zu den bisherigen Narrativen einbezieht. Besonders bei der Umbenennung von Plätzen und Straßen spielen solche Perspektivwechsel eine zentrale Rolle. Ein häufig vorgebrachter Vorwurf lautet, dass Umbenennungen Geschichte auslöschen. Er verkennt dabei, dass es vielmehr darum geht, bislang unsichtbare historische Figuren sichtbar zu machen und deren Wirken anzuerkennen – anstatt die Vergangenheit zu tilgen.

Öffentliche Räume bieten damit eine wertvolle Gelegenheit sowohl für zivilgesellschaftliche Interventionen in die Erinnerungskultur der Stadt als auch für demokratische Partizipation.

Im letzten Jahr gab es wichtige Fortschritte bei der Dekolonisierung des öffentlichen Raums, besonders durch Umbenennungen von Straßen. Diese Veränderungen sind das Ergebnis jahrzehntelanger zivilgesellschaftlicher Arbeit und ein notwendiger Schritt, um koloniale Kontinuitäten sichtbar zu machen und zu überwinden.

Zu den Erfolgen zählt die Umbenennung eines Teils der Kreuzberger Manteuffelstraße in Audrey-Lorde-Straße, benannt nach

der afroamerikanischen Dichterin und Aktivistin. Ebenso wurde die Petersallee (Berlin-Wedding) in die Maji-Maji- und Anna-Mungunda-Allee umbenannt, um an den antikolonialen Widerstand in Afrika zu erinnern. Diese Namensgebungen rücken bislang marginalisierte Geschichten und Kämpfe in das öffentliche Bewusstsein und schaffen Platz für neue Narrative.

Trotz dieser Erfolge bleiben Herausforderungen bestehen. Der Gerichtsprozess zur Umbenennung der M*straße in Berlin-Mitte zieht sich hin, obwohl die Bezirksverordnetenversammlung bereits 2020 die Umbenennung beschlossen hatte. Auch die Entscheidung über die Umbenennung des Nettelbeckplatzes im Wedding steht noch aus und soll in der nächsten BVV-Sitzung getroffen werden.

Um diese Prozesse besser sichtbar zu machen, planen wir die Veröffentlichung einer Karte, die alle bisherigen Umbenennungen und Interventionen im Stadtraum dokumentiert. Diese Karte wird auch Beispiele für Best Practices hervorheben, um künftige Projekte zu unterstützen.

Ein weiteres Beispiel für zivilgesellschaftliches Engagement zeigt sich im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf, wo Decolonize Berlin gebeten wurden, den Text einer Stele in der Baraschstraße mitzugestalten.

Die Zivilgesellschaft spielt eine entscheidende Rolle in diesen Prozessen, da sie die Forderungen oft initiiert und dabei hilft, Akzeptanz in der Anwohnerschaft zu schaffen. Feierliche Einweihungen wie die der Maji-Maji-Allee und der Anna-Mungunda-Allee bieten zudem eine Chance, den antikolonialen Widerstand und die Menschen hinter den Namen zu ehren und die Bedeutung dieser Kämpfe in Erinnerung zu rufen.

“Unsere Arbeit ist noch lange nicht beendet!”

Interview mit Mnyaka Sururu Mboro zur Umbenennung der Petersallee in Maji-Maji-Allee und Anna-Mungunda-Allee



Foto: Adauto de Souza Santos

Was bedeutet die Umbenennung für dich?

Diese Frage wird mir nicht zum ersten Mal gestellt. Dennoch muss ich sagen, dass es mir nicht leicht fällt, darauf zu antworten. Ich bin nämlich ein Betroffener. Ich habe auch lange für eine Umbenennung gekämpft, deshalb bedeutet sie mir sehr viel. Aber ich muss etwas ausholen, um die Frage tiefergehend zu beantworten.

Um der deutschen Öffentlichkeit zu verdeutlichen, was ein solcher Straßennamen mit uns macht, frage ich manchmal, wie sie sich fühlen würden, wenn es hier eine "Hitlerstraße" gäbe.

Die Umbenennung der Straße ist für mich nicht unbedingt eine Befreiung, sondern eher ein Skandal, weil die Geschichte der Kolonialverbrechen bis heute nicht aufgearbeitet und die Taten der Kolonialverbrecher nicht sichtbar gemacht wurden. Die Umbenennung kann nun einen Beitrag leisten, um eben diese Taten einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Dieses Ziel verfolgen wir auch mit dem Lern- und Erinnerungsort Afrikanisches Viertel. Er ist ein Ausgangspunkt, von dem aus sich Interessierte weiter mit der deutschen Kolonialgeschichte auseinandersetzen können.

Ich habe absichtlich das Beispiel der "Hitlerstraße" genannt. Die Kolonialverbrechen waren für die Betroffenen äußerst grausam. Ich selbst habe diese Zeit nicht erlebt. Aber die damaligen Ereignisse wurden von den Menschen mündlich von Generation von Generation weitergegeben.

Ich wusste zuerst nichts über Carl Peters, den Namensgeber der Petersallee. Doch ab 1978 habe ich mich mit der deutschen Kolonialgeschichte in Tansania und vor allem bei uns in der Kilimandscharo-Region auseinandergesetzt. In der Zeit hat mich auch meine Oma damit beauftragt, den Kopf von Mangi Meli zurückzuholen. Nach zwei Jahren Suche in Deutschland bin ich erstmal wieder zurück nach Tansania gereist. Und als ich in meinem Dorf ankam, haben mich alle Menschen seltsam angeschaut. Ich war verwundert, weil ich ja nur zwei Jahre weg war. Und ich wollte ohnehin nur sechs Monate dort bleiben und dann wieder zurück nach Deutschland reisen. Als ich dann endlich im Haus ankam, wurde mir klar, weswegen sie mich so angeschaut hatten. Meine Oma war nämlich verstorben und ich hatte nichts davon gewusst. Und ich erfuhr, dass sie vor ihrem Tod allen verboten hatte, mir davon zu erzählen, wenn sie sterben würde. Der Grund war, dass ich einen wichtigen Auftrag zu erledigen hatte und dabei nicht gestört oder abgelenkt werden sollte.

Wie war es für dich, als du nach dem Tod deiner Oma zurück nach Deutschland gekommen bist?

Ich bin sechs Monate in Tansania geblieben, bevor ich wieder zurückgereist bin. Nach meiner Rückkehr wusste ich nicht, wo ich anfangen sollte. Niemand schien überhaupt etwas über die deutsche Kolonialgeschichte zu wissen. Aber ich war Teil einer Gruppe, die sich damals aktiv im Kampf gegen das Apartheid-Regime in Südafrika engagiert hat. Wir haben uns auch für die Unabhängigkeitsbestrebungen afrikanischer Länder wie Simbabwe oder Namibia eingesetzt. Unsere Gruppe war nicht besonders groß. Auch die junge afrodeutsche Lyrikerin und Aktivistin May Ayim war mit dabei. Insgesamt waren wir nicht viele Afrika-

ner:innen in Berlin. Es gab zwar eine größere Community von Afro-Amerikaner:innen. Aber die Zahl der Afrodeutschen und vor allem der Menschen, die aus Afrika kamen, war klein. 1983 beschlossen wir, uns mehr mit dem Thema Kolonialismus auseinanderzusetzen. Eine kleine Gruppe von Afrikaner:innen traf sich damals regelmäßig im BAZ (Bildungs- und Aktionszentrum) in der Oranienstraße in Kreuzberg und gründete 1984 dort den ersten Verein der Afrikaner:innen in Berlin unter dem Namen AWAFINADA. Ich war aus Tansania dabei, ansonsten engagierten sich Leute aus Namibia, Südafrika, Sierra Leone, Uganda und eine Frau aus Kenia. Unsere Gruppe hatte allerdings keine Unterstützung und kaum Geld. Es gab keine finanzielle Förderung und die meisten Aktivist:innen hatten darüber hinaus Probleme mit ihren Papieren und konnten sich nicht frei bewegen. Deswegen habe ich mich aktiver beteiligt, weil ich keine Schwierigkeiten mit meinem Aufenthaltstitel hatte. 1984 organisierten wir dann unsere erste Veranstaltung - eine große Tagung zur Erinnerung an die Berliner Afrika-Konferenz von 1884/85 - und sind so in die Öffentlichkeit getreten. Die Veranstaltung fand im Hebbel-Theater statt, von dem wir große Unterstützung erhalten haben. Wir konnten den nigerianischen Schriftsteller Wole Soyinka einladen, der als erster Afrikaner den Literaturnobelpreis gewonnen hat, und Ngũgĩ Wa Thiong'o aus Kenia, der damals auch schon sehr bekannt war. Und auf dieser Konferenz habe ich zum ersten Mal vom Afrikanischen Viertel in Berlin gehört.

Und wie hast du darauf reagiert?

Am Anfang habe ich das nicht ganz verstanden. Ich fand es zunächst sogar schön, dass Straßen nach afrikanischen Ländern benannt sind. Und dann hat mir jemand erklärt, dass in dem Viertel auch Kolonialverbrecher wie Carl Peters geehrt werden. Als ich das gehört habe, war die Veranstaltung für mich gelaufen. Ich habe mich natürlich daran erinnert, dass meine Oma immer von Carl Peters geredet hat. Bei Vollmond forderte sie mich immer auf, den Mond anzuschauen, und fragte mich, was ich da sehen würde. Ich erkannte natürlich nichts außer den Vollmond. Aber sie

drängte mich, genauer hinzusehen. Dann fragte sie mich, ob ich denn nicht den Schatten auf dem Vollmond erkennen könne. Für sie hatte dieser Schatten die Form eines Menschengesichts und dieser Mensch sei ein Deutscher namens Carl Peters. Sie konnte seinen Namen nicht richtig aussprechen und nannte ihn immer nur Kalipeta. Dieser Kalipeta, von dem sie sprach, war hier Gouverneur am Fuße des Kilimandscharo. Er hatte so viele Menschen hier hängen lassen. Manchmal tat er das nur zu seinem Vergnügen, während er sein Bier trank. Er war so grausam, dass wir ihn nur "mkono wa damu" nannten. Das ist Kiswahili und bedeutet "blutige Hand". Als ich nach Deutschland kam, wurde mir klar, dass er auch bekannt war - als Hänge-Peters. Als ich erfuhr, dass hier eine Straße nach diesem Mann benannt wurde, konnte ich es nicht glauben. Ich kann gar nicht beschreiben, wie brutal er und seine Soldaten waren, sondern lediglich die Worte meiner Oma wiedergeben. Sie erzählte uns, dass die Soldaten von Carl Peters die Frauen vergewaltigten, auch ihre eigenen Freundinnen. Ich weiß nicht, ob ihr das-selbe widerfahren ist, denn sie sprach immer nur von ihren Freundinnen.

Und nach diesem Verbrecher wurde eine Straße in Berlin benannt...

Ja, ich konnte nicht verstehen, warum sie einen solchen Menschen hier ehren. Wir forderten natürlich die Umbenennung der Straße und erfuhren dabei, dass sie nicht direkt nach Peters' Tod seinen Namen erhielt, aufgrund seiner zahlreichen Verbrechen. Das geschah erst 1939 unter dem NS-Regime. Denn die Nazis wollten nicht nur die Jüdinnen und Juden vernichten, sie wollten auch die Kolonien wieder zurückerobern, die Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg verloren hatten. Deswegen ehrten sie Kolonialverbrecher wie Carl Peters und andere. Straßenumbenennungen waren Teil dieser Ideologie. Noch heute gibt es im ganzen Bundesgebiet Straßen, die nach ihm benannt sind. In Hannover gibt es sogar in der Innenstadt ein Denkmal zu Ehren von Carl Peters. Daher geht es für mich bei der aktuellen Umbenennung nicht nur um die Berliner Petersallee.

Jetzt heißt die Straße Maji-Maji-Allee und Anna-Mungunda-Allee. Warum habt ihr explizit an den Widerstand und die Opfer des Maji-Maji-Krieges gedacht? Kannst du uns etwas zur Bedeutung dieses Krieges erzählen?

In Deutschland wird dieser Krieg auch als Aufstand bezeichnet. Damit bin ich aber nicht einverstanden. Es war ein Krieg, der von 1905 bis 1907 im Süden von Tansania tobte. Über 20 verschiedene Volksgruppen sind zusammengekommen und haben gegen den deutschen Kolonialismus gekämpft. Sie sagten Nein zum Landraub, zur erzwungenen Arbeit der Bevölkerung, zu den Vergewaltigungen und anderen Verbrechen der Deutschen.

Der Krieg heißt Maji-Maji, weil Maji auf Kiswahili das Wort für "Wasser" ist. Im südlichen Teil von Tansania gab es einen Heiler, der sehr beliebt war. Viele Menschen in der Region kannten und schätzten ihn sehr. Dieser Heiler namens Kinjikitile Ngwale teilte den Menschen eines Tages mit, dass er ein besonderes Schutzmittel entdeckt habe. Die Leute fragten ihn, was das für ein Mittel sei. Und er erklärte ihnen, sie sollten sein Mittel trinken und dann im Kampf gegen die Deutschen einfach "Maji Maji" rufen. Sollten die Deutschen dann auf sie schießen, würden sich die Kugeln in Wasser verwandeln, ohne die Kämpfer zu verletzen. Damit wollte Kinjikitile die Menschen zum Kampf gegen den deutschen Kolonialismus motivieren. Das gab ihnen mehr Kraft, sich aus dieser Misere zu befreien. Denn das Leben konnte für die Menschen so nicht mehr weitergehen.

Die deutschen Kolonialherren kamen mit einem klaren Auftrag. Sie wollten die Menschen in den Kolonien nicht mehr einfach nur verschleppen und versklaven. Sie hatten ihre eigene Strategie. Sie führten eine Art Kopfsteuer ein, die auch Hüttensteuer genannt wurden. Natürlich wussten die Kolonialherren, dass sie sie nicht eintreiben konnten. Denn die Menschen hatten kein Geld, um eine Steuer zu bezahlen. Wer aber keine Steuern zahlt, musste nach dem Verständnis der Deutschen bestraft werden. Und da es in Tansania keine Gefängnisse gab, in die man die Menschen zur Strafe einsperren konnte, mussten sie ihre Schulden durch Zwangsarbeit auf den Feldern ableisten.



Foto: Tahir Della

Wie kann aus deiner Sicht diese Geschichte, die du erzählst hast, nach der Umbenennung nun auch am Ort selbst sichtbar gemacht werden? Wie also kann die Straße zu einem Erinnerungsort werden?

Ab 2005 haben wir die Umbenennung der Petersallee, aber auch anderer Straßen wie der M*Straße noch einmal breiter gefordert. Dieser Prozess von der Forderung bis zur Umbenennung ist leider ein sehr langwieriger. Wir haben aber schon damals deutlich gemacht, dass wir mit der Umbenennung auch die Anbringung von Informationstafeln fordern. Auf diesen Informationstafeln sollen die dazugehörigen Geschichten zumindest zusammenfassend dargestellt werden. Selbstverständlich passen nicht alle Informationen auf eine solche Tafel. Aber die Menschen sollen wenigstens einen ersten Einblick in das Thema bekommen. Bei Interesse können sie sich dann im Internet oder anderswo selbst weiter über den deutschen Kolonialismus informieren.

Im Jahr 2010 waren wir mit dieser Forderung auch erstmals bei der Umbenennung des

Groebenufers in Kreuzberg erfolgreich. Am neuen May-Ayim-Ufer wurde eine Informationstafel in Deutsch, Englisch und Französisch angebracht. Und auf der Tafel steht, wer der erste Namensgeber der Straße war, Otto Friedrich von der Groeben, und für welche Kolonialverbrechen er verantwortlich war. Auf der Tafel steht auch, wer May Ayim war, die heutige Namensgeberin der Straße, und was sie in ihrem Leben geleistet hat.

Als wir 1984 angefangen haben, konnten wir uns solche Erfolge gar nicht vorstellen. Erst ab 2005 haben wir sie mit der Unterstützung vieler Aktivist:innen erzielt. Seitdem gab es wiederholt Gedenkmärsche und wir haben uns auch für die Forderung nach einem Denkmal für die Opfer von Kolonialismus und Versklavung oder einem Lern- und Erinnerungsort stark gemacht.

Und unser Kampf für weitere Umbenennungen und Infotafeln dauert an. Die Umbenennung der Petersallee in Maji-Maji-Allee und Anna-Mungunda-Allee war ein bedeutender Schritt. Doch unsere Arbeit ist noch lange nicht beendet.

Restitutionen und Repatriierung als Menschenrechte

Koordinierungsstelle



Zablon Kiwelu und Isaria Meli vor der Gedenkstätte von Mangi Meli (Foto: Konradin Kunze)

Auch Jahrzehnte nach dem formalen Ende des Kolonialismus befinden sich die Gebeine ehemals kolonierter Menschen (Ancestral Remains) in deutschen Museen, staatlichen Einrichtungen und privaten Sammlungen. Viele dieser menschlichen Gebeine/Ahnen stammen aus den ehemaligen Kolonien des Deutschen Reiches: Tansania, Ruanda, Burundi, Namibia, Kamerun, Togo, Papua-Neuguinea, Kiautschou/Jiāozhōu (China) und Inseln im Pazifik wie Tonga und Marshallinseln.

Die Rückgabe von Kulturgütern und Ancestral Remains aus kolonialen Kontexten ist ein drängendes Thema, das zunehmend an Bedeutung gewinnt. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf der Rückführung von Ancestral Remains, also menschlichen Gebeinen, die während der Kolonialzeit geraubt wurden und deren Rückführung von Nachfahr:innen und Herkunftsgemeinschaften zunehmend gefordert wird. Dass die Rückgabe der Gebeine vor allem in nicht-westlichen Ländern eher schleppend verläuft, hat verschiedene Ursachen und zeigt eine Diskrepanz zwischen dem formulierten politischen Willen und der tatsächlichen Umsetzung der Rückgabe. Der Abschlussbericht des UN-Ausschusses zur Beseitigung der Rassendiskriminierung (CERD) vom Dezember 2023 fordert Deutschland daher explizit auf, eine gesetzliche Grundlage für solche Rückführungen zu schaffen, um von Einzelfalllösungen wegzukommen und mehr Transparenz zu schaffen.

Zwei Hauptaspekte beschäftigen uns in diesem Jahresbericht. Zum einen möchten wir die App "We Want Them Back" vorstellen, die Nachfahr:innen und Herkunftsgemeinschaften erste Anlaufstellen aufzeigen soll, um sich an entsprechende Institutionen und Einrichtungen wenden zu können. Der erste Prototyp der App wurde im März 2024 gelauncht. Wir haben uns über das weltweite Interesse gefreut und die Arbeit im Mai auf einer gemeinsamen Veranstaltung mit FLINN WORKS vorgestellt. Hier standen die tansanischen Nachfahr:innen mit ihrer Forderung nach einer bedingungslosen und rehumanisierenden Rückgabe der Gebeine ihrer Vorfahren direkt an die Familien im Mittelpunkt.



Zum anderen: Was eine rehumanisierende Restitution bedeuten kann, beschreibt Ciraj Rasool in seinem Beitrag. Er berichtet von seinen Erfahrungen bei den Verhandlungen um die Rückgabe der Gebeine von Klaas und Trooi Pienaar und den daraus resultierenden Prinzipien eines rehumanisierenden Ansatzes.

Seit der Einreichung des Alternativberichts vor dem CERD-Komitee setzen wir uns weiterhin gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteur:innen für eine rechtsbasierte Lösung für die Rückführung der Ahnen und die Rückgabe von Kulturgütern aus kolonialen Kontexten in Deutschland ein.

Die Frage, wie Menschen in den Mittelpunkt gerückt werden können - sowohl die Toten als auch die Lebenden - wird uns weiterhin beschäftigen. Es braucht einen Paradigmenwechsel in Museen, Institutionen und Politik, einen rassismuskritischen und selbstreflexiven Umgang mit den überwiegend weißen Museumsstrukturen und einen langen Atem für die Nachfahr:innen und Aktivist:innen, die oft entmenschlichende Sprache und Umgangsformen ertragen müssen, um ihre Familien wiederzufinden. Restitutionen und Rückgaben sollten nicht an moralische Erwägungen Einzelner gebunden sein, sondern als Menschenrechte verstanden werden, das einer rechtlichen Grundlage bedarf. Hierfür werden wir uns weiterhin einsetzen.

Rehumanisation: A paradigm shift

Prof. Ciraj Rassool, PhD

Department of Historical Studies

University of the Western Cape

South Africa

The idea of rehumanisation – the restoration of a sense of humanness and humanity, previously removed or denied – is not new. However, the use of 'rehumanisation' to describe the return of the ancestral remains of Klaas and Trooi Pienaar to Kuruman, South Africa from Vienna, Austria in 2012 represented, possibly, its first deployment in the field of museum restitution. At the time, the South African human remains ministerial advisory committee insisted on rehumanisation as its chosen methodology of restitution.

For a few years since 2012, the restitution of the remains of Klaas and Trooi Pienaar as a project of rehumanisation represented an important and influential methodological innovation in the field, with a number of projects, especially in Germany, following suit. Since then, with the emergence of restitution of ancestral remains, artworks and material culture as a major field of museum transformation, innovation and decolonisation, our understanding of the potential meanings of rehumanisation has deepened considerably.

In 2012, in the midst of the negotiations with the Austrian government representatives, the South African delegation insisted that the restitution of the remains of Klaas and Trooi Pienaar would take the form of a rehumanisation. It was argued that this was imperative as a recognition of the dehumanisation experienced by the Pienaars in life and in the aftermath of their deaths.

During their lives as #Khomani-speaking people of Khoesan origin, their subsistence and survival had been fundamentally transformed by the effects of the genocide in southern Namibia, after which they had been forced into itinerant farm labour. As farm workers on the farm Pienaarpsputs, near Gamopedi in the Kuruman district, who worked under backbreaking conditions, they underwent the experience of racialisation and deep dehumanisation. After their deaths from malarial fever in mid-1909, they were buried close together at a distant spot in the veld 700 yards from the farmhouse, a location that underscored their marginalisation.

A few months thereafter, their 'well-preserved' corpses were disinterred illegally by Menharto, assistant of Austrian anthropologist Rudolf Pöch, who forced them into a large barrel after winding white linen around them and cutting their knee joints. Thereafter he poured two sacks of salt into the barrel, closed it shut, and lifted it on to the ox-wagon on which Menharto and his assistants were traveling. These acts of violation of the corpses of the Pienaars, conducted in the name of collection and storage added to the processes of their dehumanisation. Soon, the bones of stock herder, Kouw, his son Masebi and one of his wives, Kruisband were added on to the wagon. These skeletal remains had been wrapped in linen, after the removal of flesh off bones through being cut and boiled in a pot, acts of violation

conducted according to Pöch's supposed scientific instructions.

The violent collection of the corpses of Klaas and Trooi Pienaar, their transport by wagon, train and ship to Hamburg and then on to Vienna at the end of 1909, as well as their subsequent entry into the collection of the Austrian Academy of Sciences, and the Natural History Museum in Vienna constituted further processes of dehumanisation and objectification. The corpses of the Pienaars were turned into museum objects of an allegedly primitive racial type. The collecting processes and classificatory systems of the museum of empire had denied the Pienaars any biography or personhood other than what was granted through typology. In addition to the Pienaar's corpses, Pöch's collections from his Southern African expedition included 80 skeletons, 150 skulls and 50 casts.

It was the research that I had conducted with my colleague, the late Martin Legassick, that had identified the corpses disinterred under the instruction of Rudolf Pöch as those of named persons, Klaas and Trooi Pienaar, who had known working and family lives, known dates of death, and known sites of original burial. The fact that they were a married couple rendered them instantly as a people of culture. The fact that the remains of the Pienaars had entered Austrian scientific and collecting institutions as whole corpses that were only macerated much later also added to the reasons why Austria offered to have their remains returned to South Africa.

The principle and methodology established for their return was that it would constitute 'a matter of rehumanisation and a process of rendering [them] as citizens of South Africa, albeit more than 100 years after their deaths'. This would be the first stage of a more complex process of return that would require further negotiations in the future after the establishment of a mutually-agreed inventory of Pöch-related ancestral remains, belongings and forms of documentation (photographs, film, sound recordings), which are held across Viennese museums and collecting institutions. These all need to be considered as inse-

parable in spite of their distribution into separate museums and disciplines.

Initially, the Austrian government delegation that participated in the negotiations was opposed to the idea of 'rehumanisation', claiming that it violated European law. They even threatened to conduct reburials in Vienna. It took skilled negotiations by the South African ambassador to Austria and his team, who succeeded in preparing the way for its acceptance and implementation. Cultural ceremonies conducted at the Academy of Sciences and in a marquee on the premises of the South African Embassy, especially by skilled leader and culture broker Petrus Vaalbooi, saw the performance of accounts of colonial violation as well as narratives of restoration, and storylines of personhood and rehumanisation.

The transfer of the Pienaars' remains from museum boxes to civilian caskets during these ceremonies added to their deobjectification. The draping of their caskets in South African flags granted the Pienaars a belonging to the democratic nation and a post-mortem acceptance of their citizenship.

The transfer of the Pienaars' remains from museum boxes to civilian caskets during these ceremonies added to their deobjectification. The draping of their caskets in South African flags granted the Pienaars a belonging to the democratic nation and a post-mortem acceptance of their citizenship.

The participation by Petrus Vaalbooi and others from the Northern Cape also served to grant them a return to a community belonging, to the Khoesan, and to the people of the Kuruman district and

to the Northern Cape. During the community consultations in the Northern Cape that preceded the processes of return, Vaalbooi had argued that the Pienaars belonged to the broader family of the people of the Northern Cape and South Africa.

These humanising ceremonies and narrations were again performed and expressed on South African soil after the return of the Pienaars, especially on the occasion of their reburial at Kuman. In these narratives of rehumanisation, the lives of Klaas and Trooi Pienaar became ones of blood and bloodlines, that replaced the bloodlessness and airlessness of their museum objectification. They had become humans, persons and citizens who belonged to a place and to a community in ways that contradicted colonialism's history and durability. And this was not merely a repatriation and a Rückgabe; this was indeed a restitution and a restoration of humanity, personhood and belonging that was part of the remaking of South African society.

While the idea of rehumanisation was criticised by scholars of the posthuman and the 'more than human', and by anticolonial scholars for its supposed acceptance that the dehumanised were not human, as an alleged strategy of rehumanisation, the South African restitution methodology of rehumanisation spread to other projects of return. Most notable amongst these further rehumanising restitutions was the return of remains from the state of Saxony to Hawai'i in 2017, a project led by Nanette Snoep. The predominant way that rehumanisation had expressed itself in one the most prestigious national museums in South Africa, Iziko Museums, was through the deaccessioning of ancestral remains into a non-accessible, transitional space en route to restitution.

As the field of restitution has grown and developed in complexity, we are able to appreciate the significance of the politics of rehumanisation as an essential element of restitution and decolonisation. We have argued for the appreciation of restitution as a mode of claims-making and as a politics of restitutive work and social restoration that is distinct from merely 'giving back'. Undertaking the work of restitution or restitutive

work requires that we consider return not as a series of events determined by diplomacy, governmentality and events management. Nor should we undertake projects of restitution within the structures and classificatory systems of European museums.

Instead restitutive work is tied to reparative work (the work of repair and reparation), and has the potential to constitute a new way of conceptualising museums. Restitution belongs to the field of anti-colonial claims-making by the descendants of former colonial subjects, and is not something that can be conducted by European museums or states, whose work – vital as it is – is limited to provenance and giving back.

Restitution belongs to the field of anti-colonial claims-making by the descendants of former colonial subjects, and is not something that can be conducted by European museums or states, whose work – vital as it is – is limited to provenance and giving back.

Restitution as rehumanisation also enables us to enquire critically into the Disciplines of the Dead, and to insist that this is the work of mourning, not merely of enlightened collections management and human biology.

Rehumanisation and restitution are fundamental in enabling us to insist on rethinking what we mean by museum, outside the terms of the enlightenment that divided the people of the world into citizens and subjects, civilised and uncivilised, and humans and prehumans. Rehumanisation has the potential to usher in a new humanity and of the critical citizen, who is able to live critically with what colonialism left behind.

Rehumanisierung – Ein Paradigmenwechsel

Prof. Ciraj Rassool, PhD

Abteilung für Historische Studien

University of the Western Cape

Südafrika

Die Idee der Rehumanisierung – der Wiederherstellung einer Menschlichkeit und Humanität, die zuvor entfernt oder verweigert wurde – ist nicht neu. Dennoch wurde der Begriff „Rehumanisierung“ vermutlich zum ersten Mal in einem Museumskontext verwendet, als die Ancestral Remains des Ehepaars Klaas und Trooi Pienaar im Jahr 2012 von Österreichs Hauptstadt Wien nach Kuruman in Südafrika zurückgebracht wurden. Der südafrikanische ministerielle Beirat bestand in diesem Prozess auf einer Rehumanisierung als Restitutionsmethodologie.

Die Rückgabe der Gebeine von Klaas und Trooi Pienaar als Rehumanisierungsprojekt leitete einen wichtigen, richtungsweisenden methodischen Wandel in diesem Bereich ein, vor allem in Deutschland folgten einige Projekte diesem Beispiel. Insbesondere aufgrund der zunehmenden Bedeutung der Restitution von Ancestral Remains, Kunstwerken und materiellen Kulturgütern als Teil musealer Transformation, Innovation und Dekolonialisierung hat sich seither unser Verständnis für die Bedeutung der Rehumanisierung vertieft.

Im Jahr 2012, mitten in den Verhandlungen mit österreichischen Regierungsvertreter:innen, bestand die südafrikanische Delegation darauf, dass die Rückgabe der Gebeine des Ehepaars Klaas und Trooi Pienaar als Rehumanisierung stattfinden müsse. Dies sei zwingend notwendig, um die Entmenschlichung der Pienaars zu Lebzei-

ten und im Tod anzuerkennen. Als Khomani-sprechende Menschen von Khoesan-Herkunft wurden ihre Lebens- und Überlebensbedingungen durch den Völkermord im Süden Namibias fundamental beeinflusst und sie waren gezwungen, in der Landwirtschaft zu arbeiten. Dabei erfuhren sie Rassifizierung und tiefe Entmenschlichung auf der Farm Pienaaarsputs, in der Nähe von Gamopedi im Distrikt Kuruman, auf der sie sich unter grauenhaften Bedingungen verdingen mussten. Als sie Mitte 1909 an Malaria starben, wurden sie an einem abgelegenen Ort im Feld, 650 Meter vom Hof entfernt, nahe beieinander beerdigt.

Einige Monate später ließ Mehnarto, der Assistent des österreichischen Anthropologen Rudolf Pöch, ihre „gut erhaltenen“ Leichname illegal exhumieren. Nachdem Mehnarto und seine Helfer sie in weiße Tücher gewickelt und ihre Kniegelenke aufgeschnitten hatten, warfen sie die Leichname in ein großes Fass. Sie schütteten zwei Säcke Salz in das Fass, verschlossen es und hoben es auf ihren Ochsenkarren. Diese Gewalttaten gegen die Leichen der Pienaars im Namen des Sammelns und Bewahrens trugen zu einem weiteren Prozess der Entmenschlichung bei. Später wurden auch die Knochen des Hirten Kouw, seines Sohn Masebi und einer seiner Frauen, Kruisband, auf den Wagen geladen. Zuvor hatte man das Fleisch von den Knochen geschnitten, dann die Knochen gekocht und die Skelette anschlie-

ßend in Leinen gewickelt. All diese Gewalttaten wurden unter der angeblich wissenschaftlichen Leitung Pöchs begangen.

Der gewaltsame Raub der Körper von Klaas und Trooi Pienaar, ihr Transport mit Karren, Bahn und Schiff nach Hamburg und von dort Ende 1909 nach Wien sowie ihre Aufnahme in die Sammlungen der dortigen Österreichischen Akademie der Wissenschaften und des Naturhistorischen Museums stellen weitere Prozesse der Entmenschlichung und Objektifizierung dar. Die Leichen der Pienaars wurden zu Museumsobjekten eines angeblich primitiven „Rassetyps“ degradiert. Außer der ihnen zugeschriebenen Typologie verweigerten die Sammlungsprozesse und Klassifizierungssysteme des imperialen Museums den Pienaars ihre Biographie und jegliche Persönlichkeit. Neben den Skeletten der Pienaars umfasst Pöchs Sammlung aus seiner Expedition ins südliche Afrika 80 Skelette, 150 Schädel und 50 Abgüsse.

Durch die von meinem verstorbenen Kollegen Martin Legassick und mir durchgeführte Forschung konnten die Leichen, die im Auftrag Rudolf Pöchs aus ihren Gräbern entnommen wurden, als Klaas und Trooi Pienaar identifiziert werden. Ihr Arbeits- und Familienleben, Geburts- und Todesdaten und ursprünglicher Begräbnisort waren bekannt. Die Tatsache, dass sie verheiratet waren, machte sie sofort zu Kulturträger:innen. Die Gebeine der Pienaars gelangten als vollständige Skelette in die österreichischen wissenschaftlichen Sammlungen und wurden erst später mazieriert. Auch dies trug dazu bei, dass Österreich letztlich einer Rückführung ihrer Gebeine nach Südafrika zustimmte. Die Umstände und die Art und Weise ihrer Rückkehr waren eng verknüpft mit der Frage nach der Rehumanisierung und dieser Prozess machte sie schließlich zu Bürger:innen Südafrikas, wenn auch mehr als 100 Jahre nach ihrem Tod. Er verkörperte jedoch nur einen ersten Schritt hin zu einer komplexeren Restitution. Hierfür waren weitere Verhandlungen notwendig, für die zunächst ein sowohl von südafrikanischer als auch österreichischer Seite bestätigtes Inventar aller mit Pöch in Verbindung stehenden Ancestral Remains, Besitztümer und Dokumentationsfor-

men (Fotografien, Filme und Tonaufnahmen) erstellt werden musste, welche in zahlreichen Wiener Museen und Sammlungen lagern. Trotz ihrer Verteilung auf verschiedene Museen und wissenschaftliche Disziplinen sollten sie als zusammengehörig verstanden werden.

Anfangs widersprach die österreichische Verhandlungsdelegation der Idee der Rehumanisierung mit dem Argument, dass sie unvereinbar mit europäischem Recht sei. Man drohte sogar mit einer Neubestattung in Wien. Es bedurfte einer geschickten Verhandlungstaktik des südafrikanischen Botschafters in Österreich und seines Teams, die schließlich erfolgreich zur Akzeptanz und Durchführung der Rehumanisierung führte. Petrus Vaalbooi, ein erfahrener Leader und Kulturvermittler, führte in der Akademie der Wissenschaften und in einem Festzelt in der südafrikanischen Botschaft Zeremonien durch, welche die koloniale Gewalt thematisierten und die Rehabilitierung der Pienaars und ihre Rehumanisierung narrativ darstellten.

Die Umbettung der Gebeine der Pienaars aus Museumskisten in Särge trug zu ihrer Entobjektifizierung bei. Die südafrikanische Flagge auf ihren Särgen symbolisierte die Zugehörigkeit zu einer demokratischen Nation und verlieh ihnen postum die Staatsbürgerschaft. Die Teilnahme von Petrus Vaalbooi und anderen vom Nordkap ermöglichte den Pienaars auch die Rückkehr in eine Gemeinschaft – der Community der Khoesan und den Bewohner:innen der Provinz Nordkap. Bei den Community-Konsultationen im Vorfeld der Rückführung hatte Vaalbooi argumentiert, dass die Pienaars Teil der weitergefassten Familie der Nordkap-Bewohner:innen und Südafrikas insgesamt waren.

Nach der Rückkehr der Pienaars wurden die (re)humanisierenden Zeremonien und Erzählungen nochmals auf südafrikanischem Boden wiederholt, insbesondere bei der Wiederbestattung in Kuruman. Diese Narrative der Rehumanisierung schildern die Leben von Klaas und Trooi Pienaar anhand von Verwandtschaftsverhältnissen, welche die blut- und luftlosen Erzählungen der musealen Objektifizierung ersetzen. Sie waren wieder zu

Menschen geworden, zu Personen und Bürger:innen, die zu einem Ort und einer Gemeinschaft gehörten, in einer Weise, die im Widerspruch zur Geschichte des Kolonialismus und dessen Fortbestehen steht. Und es handelte sich nicht nur um eine Repatriierung und *Rückgabe* (dt. im Original), sondern um eine Restitution und damit die Wiederherstellung von Menschlichkeit, Persönlichkeit und Zugehörigkeit als Teil einer Neugestaltung der südafrikanischen Gesellschaft.

Und es handelte sich nicht
nur um eine Repatriierung
und Rückgabe, sondern
um eine Restitution und
damit die Wiederherstellung
von Menschlichkeit,
Persönlichkeit und
Zugehörigkeit als Teil
einer Neugestaltung der
südafrikanischen Gesellschaft.

Antikoloniale Wissenschaftler:innen sowie Vertreter:innen eines posthumanen und „mehr als menschlichen“ Ansatzes kritisierten die Idee der Rehumanisierung, weil sie impliziert und vermeintlich akzeptiert, dass die Verstorbenen keine Menschen waren. Dennoch hat sich der südafrikanische Restitutionsansatz der Rehumanisierung auf andere Projekte der Rückführung ausgeweitet. Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die rehumanisierende Restitution im Jahr 2017 von Gebeinen aus Sachsen nach Hawai’i, ein Projekt unter der Leitung von Nanette Snoep. Der Verbund nationaler Museen Südafrikas (Iziko Museums of South Africa) betrieb die Rehumanisierung vor allem durch die Deakzessionierung von Ancestral Remains. Sie wurden der Sammlung und Forschung entzogen und an einen unzugänglichen Übergangsort – auf dem Weg zur Restitution – gebracht.

Während die Restitutionsdebatte an Komplexität gewonnen und sich weiterentwickelt hat, sind wir nun in der Lage, die Bedeutung einer Politik der Rehumanisierung als wesentliches Element von Restitution und Dekolonialisierung zu benennen. Wir haben dafür argumentiert, Restitution als einen Modus anzuerkennen, in dem Ansprüche geltend gemacht werden. Als eine Form der Restitutionsarbeit und der gesellschaftlichen Neugestaltung, die sich grundlegend von einer bloßen „Rückgabe“ unterscheidet. Restitution und Restitutionsarbeit erfordern das Verständnis, dass es sich hierbei nicht um eine bloße Aneinanderreihung von Ereignissen handelt, die allein von diplomatischem und politischem Handeln bestimmt wird. Ebenso wenig sollten wir Restitutionsprojekte innerhalb der Strukturen und Klassifikationen europäischer Museen durchführen.

Stattdessen ist Restitution eng mit reparativer Arbeit (also Wiedergutmachung und Reparation) verwoben und hat das Potenzial, eine neue Art von Museum zu konzeptualisieren. Die Frage der Restitution gehört zu den antikolonialen Forderungen, die die Nachfahr:innen ehemals kolonisierter Subjekte stellen. Der Prozess der Restitution kann nicht europäischen Museen oder Staaten überlassen werden, deren Arbeit – so wichtig sie auch ist – sich auf Provenienzforschung und Rückgabe beschränkt. Restitution als Rehumanisierung ermöglicht uns, die Disciplines of the Dead kritisch zu hinterfragen und darauf zu bestehen, dass es sich dabei um Trauerarbeit handelt und nicht bloß um aufklärerische Sammlungsverwaltung und Humanbiologie.

Rehumanisierung und Restitution sind die Grundlage dafür, auf einem Umdenken in Bezug auf das, was wir unter Museum verstehen, zu beharren – jenseits der Begrifflichkeiten der Aufklärung, die Individuen in Bürger:innen und Untertanen, zivilisiert und unzivilisiert, in Menschen und „Vormenschen“ einteilt. Die Rehumanisierung hat das Potential, zu einer neuen Menschlichkeit zu führen und zu Bürger:innen, die sich kritisch mit dem beschäftigen, was der Kolonialismus hinterlassen hat.

"We Want Them Back"-App – Unterstützung bei der Suche nach den Vorfahr:innen

Koordinierungsstelle



In deutschen Sammlungen und Institutionen befinden sich nach wie vor Ancestral Remains aus kolonialen Kontexten. Laut einer Umfrage¹ der Kontaktstelle für *Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten* aus dem Jahr 2023, die im Auftrag der Kulturministerkonferenz der Länder, des Auswärtigen Amtes, der Kulturstaatsministerin und der kommunalen Spitzenverbände in Berlin durchgeführt wurde, befinden sich allein in den 31 größten Museen und Universitäten in Deutschland über 17.000 Ancestral Remains aus kolonialen Kontexten.

Diese Gebeine wurden während der Kolonialzeit gewaltsam entwendet und für rassistische Forschungen missbraucht. Sie wurden aus allen Teilen der Welt (nicht nur ehemaligen deutschen Kolonien) zusammengetragen. Die Entmenschlichung von damals setzt sich heute in der anhaltenden Objektivierung der Menschen weiter fort – sei es in der Sprache, die im Wissenschaftskontext noch als normal empfunden wird, in der Art wie die Gebeine aufbewahrt werden oder auch in der Art ihrer Versicherung als Objekte.

Die beständige Präsenz dieser Gebeine in deutschen Institutionen stellt eine fortwährende Form der Gewalt dar, die bis in die Gegenwart reicht und ist ein Beispiel für Kolonialität, also dem Fortbestand von kolonialen Denk- und Handlungsmustern.

Nur durch eine kritische Aufarbeitung dieser kolonialen Kontinuitäten und, wenn möglich, die rehumanisierende Rückgabe der Ancestral Remains kann ein kleiner Beitrag zu restorativen Restitutionen geleistet werden. Sowohl Herkunftscommunities und internationale Expert:innen, aber auch zivilgesellschaftliche Akteur:innen in Deutschland fordern daher einen Paradigmenwechsel im Umgang mit Ancestral Remains aus kolonialen Kontexten und eine Einbettung in Menschenrechte und das internationale Völkerrecht, um sicherzustellen, dass Rehumanisierungsprozesse als essenzieller Teil von Repatriierung verstanden werden.

Obwohl die Rückgabe der Ancestral Remains

aus kolonialen Kontexten dem politischen Willen der Bundesregierung entspricht, sind Informationen über ihren Verbleib nicht transparent und vor allem für Angehörige und Herkunftscommunities nur schwer zugänglich.

Mit der App "We want them back" möchten wir einen entscheidenden Beitrag zur Forderung nach Transparenz leisten und aufzeigen, dass mehr Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit in Bezug auf dieses schwierige Thema notwendig und möglich sind.

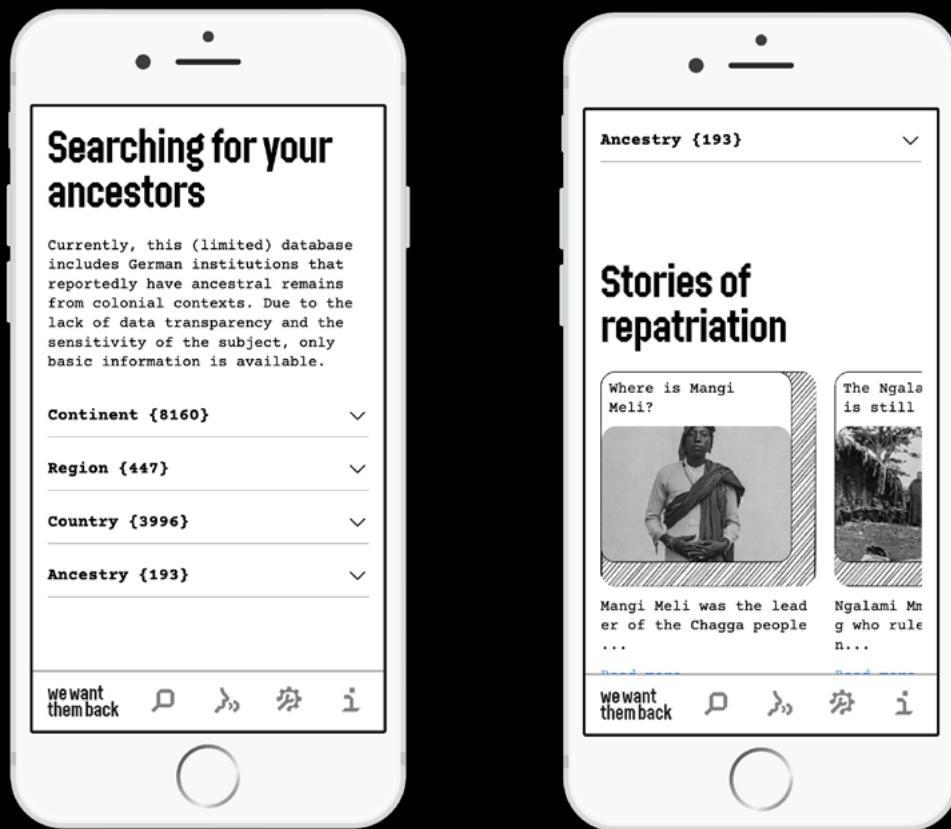
Der Prototyp der App, den wir gemeinsam mit Repat.A-Take und Visual Intelligence entwickelt haben, ermöglicht die transparente Aufbereitung von Basisinformationen und bietet Unterstützung bei der Suche nach Vorfahren. Die App informiert auch über Institutionen, in denen noch Ancestral Remains vorhanden sind. Mit Hilfe der "We want them back"-App können sich Vertreter:innen der Herkunftscommunities direkt an diese Einrichtungen wenden und konkrete Anfragen formulieren.

Für Familienangehörige und Communities ist es eine große Herausforderung, mögliche Institutionen in Deutschland zu identifizieren, um gezielte Suchanfragen zu stellen und die Gebeine ihrer Vorfahren rückzuführen. Ohne die Mitarbeit der Museen und Sammlungen ist dies nur schwer möglich - bisher sind die Daten von 19 Institutionen aus ganz Deutschland in der App sichtbar - derzeit wird an der Erweiterung der Datenbank gearbeitet.

Wir wollen mit dieser App die Geschichten hinter dem Raub sichtbar machen, die Entmenschlichung aufdecken, Communities bei der Suche nach ersten Anlaufstellen unterstützen und somit einen Beitrag zur Wiederherstellung der Menschlichkeit leisten.

Vorrangig richtet sich die App an Nachfahr:innen und Herkunftscommunities, die das Ziel verfolgen, ihre Vorfahr:innen in die Heimatländer zurückzubringen und einen ersten Überblick bekommen möchten, in welchen Institutionen Gebeine aus ihrer Region vorhanden sind.

¹ https://www.cp3c.de/umgang_mit_menschlichen_ueberresten/PC3%A9rez_Ram%C3%ADrez-KSL_2023_Umfrage_zu_menschlichen_%C3%9Cberresten.pdf

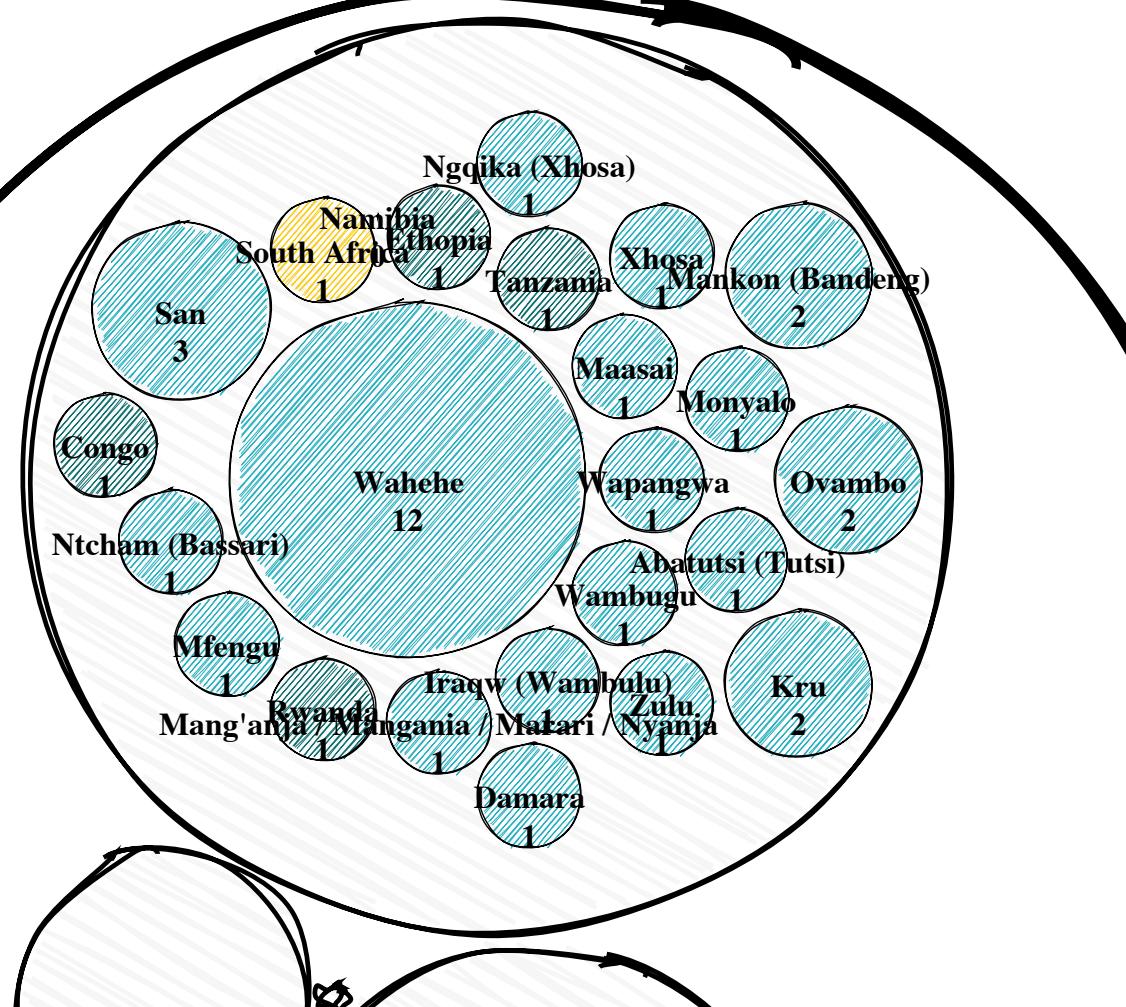


Es ist besonders wichtig, dass die App einen dekolonialen und partizipativen Ansatz verfolgt und die Interessen der Nachfahr:innen in den Mittelpunkt stellt. Die Mitarbeit der Institutionen, Aktivist:innen und Zivilgesellschaft ist essenziell für die Weiterentwicklung der App.

Uns ist es wichtig, dass, dass dekoloniale Ansätze sowohl inhaltlich als auch grafisch sichtbar werden. Inhaltlich beispielsweise durch Stories und Geschichten - wir möchten Menschen vorstellen, die auf der Suche nach ihren Vorfahr:innen sind und die Geschichte von Personen zeigen, deren Körper gegen ihren Willen verschleppt wurden.

Ein Beispiel ist die Familie Kiwelu. Mchili Sindato Kiwelu war Akida (Berater) des Fürsten Mangi Meli, Oberhaupt des Volkes der Chagga, der den Widerstand gegen die deutsche Kolonialmacht in der Kilimanjaro-Region im heutigen

Tansania anführte. Zusammen mit Mangi Meli wurde Kiwelu am 2. März 1900 von deutschen Kolonialtruppen in Moshi gehängt. Seinen Kopf schickte man für rassistische Forschungen nach Deutschland. Seither versucht seine Familie, den Kopf zurückzubekommen und rituell zu bestatten. Nach Jahrzehntelanger Recherche von Aktivist:innen ist der Familie nun seit längerem bekannt, in welcher deutschen Institution sich der Kopf befindet. Doch noch immer kämpft sie um die Herausgabe und eine rehumanisierende Rückführung der Gebeine nach Moshi – in Kiwelus Heimat. Zahlreiche Schwierigkeiten verzögern jedoch wieder und wieder die Rückführung. In der App erzählt Zablon Kiwelu, der Enkel von Mchili Sindato Kiwelu, seine Geschichte. Betroffene Nachfahr:innen können ihre Geschichte hier teilen - als Text, Video oder Audio.



Das Team von Visual Intelligence hat das Design der App an die Datenvisualisierung des US-amerikanischen Historikers und Philosophen W.E.B. Du Bois angelehnt, was beispielsweise erkennbar ist an der verwendeten Schrift oder den handgezeichneten Kreisen, aber auch grundsätzlich an der narrativen Position der Suche. Bei der Suche nach Vorfahren aus Tansania wird u. a. die Distanz zwischen Tansania und den Institutionen in Deutschland auf einer Karte visualisiert. Auf diese Weise wollen wir einerseits zeigen, woher die Menschen kommen, deren Gebeine sich in deutschen Museen und Institutionen befinden, und gleichzeitig verdeutlichen, welch große Entfernung sie dabei unfreiwillig zurückgelegt haben, sowie die Absurdität, die in ihrer Verschleppung nach Deutschland liegt.

Visuell befinden sich die Institutionen „unter dem Mikroskop“ – sie werden einer intensiven und

kritischen Prüfung bzw. Analyse unterzogen. Sie sollten sich in Zusammenarbeit mit Familien und Herkunftskommunen wirksam dafür einsetzen, dass Rückgaben geschehen.

Die Idee ist, den Prototyp als Open Source App anzubieten und damit die Weiterentwicklung der App in die Hände der Communities zu legen, die an den Themen interessiert sind. Beim Launch der App im März 2024 haben Teilnehmende aus 14 Ländern gezeigt, dass das Interesse und der Bedarf, sich dazu auszutauschen, hoch sind. Daran werden wir auch im kommenden Jahr arbeiten.



QR-CODE ZUR

APP

Internationale Beziehungen auf Augenhöhe

Koordinierungsstelle

Der Kolonialismus und seine Nachwirkungen sind auch heute noch in den internationalen Beziehungen spürbar und prägen sie auf vielfältige Weise. Die Arbeit der Koordinierungsstelle bei Decolonize Berlin im Jahr 2024 basierte auf der Anerkennung dieses Erbes und dem entschiedenen Bestreben, seine fortwährenden Auswirkungen zu bekämpfen. Auf Grundlage der im Senatsbeschluss formulierten Forderungen – Dekolonisierung bestehender Städtepartnerschaften, Ausbau der prioritären Partnerschaft zwischen Windhoek und Berlin sowie Schaffung neuer Partnerschaften mit Städten aus ehemaligen deutschen Kolonien – setzten wir uns dafür ein, internationale Beziehungen gerechter und inklusiver zu gestalten.

Ein wichtiger Schwerpunkt unserer Arbeit war die Förderung transnationaler Vernetzung. So konnte ein Austausch zwischen Akteur:innen aus dem Globalen Norden und Süden ermöglicht werden, um Restitutionsforderungen von Nachfahr:innen ehemaliger Kolonisierter zu thematisieren. Eine zentrale Aktivität war der Besuch von Nachfahr:innen aus Tansania und das Gespräch über die Rückgabe von Ancestral Remains, die während der Kolonialzeit geraubt und nach Deutschland verschleppt wurden.

Einen weiteren Meilenstein stellt die Veröffentlichung eines Wirtschaftsgutachtens dar, das Vorschläge für eine dekoloniale Ausrichtung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Globalen Süden und Norden enthält. Dieses Gutachten dient als Grundlage für künftige Diskussionen über dekoloniale Wirtschaftspolitik.

Darüber hinaus haben wir die Dekolonisierung der Städtepartnerschaften vorangetrieben.



Foto: Tahir Della

Im Juli 2024 startete ein zivilgesellschaftliches Modellprojekt zur Förderung der Städtepartnerschaften Berlins mit Jakarta, Mexiko-Stadt und Windhoek. Dieses Projekt, das durch die Zusammenarbeit von NGOs aus Berlin und den jeweiligen Partnerstädten getragen wird, zielt auf die transnationale Zusammenarbeit und den Austausch auf Augenhöhe ab.

Das in diesem Zusammenhang zwischen Deutschland und Namibia geplante Wasserstoffprojekt zeigt, wie dringend die Auseinandersetzung mit kolonialen Kontinuitäten im Bereich Umwelt geworden ist. Im Rahmen dieser Partnerschaft zwischen beiden Ländern wird eine der weltweit größten Anlagen für grünen Wasserstoff in Lüderitz (Namibia) entstehen. Während das Projekt einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung der globalen Klimakrise leisten soll, offenbart es zugleich die kolonialen Kontinuitäten in der Ressourcennutzung.

Umso wichtiger ist der folgende Beitrag von Laura Bechert, der den Zusammenhang zwischen Kolonialismus und Klimakrise aufzeigen wird.

Warum dekoloniale Perspektiven auf die Klimakrise so wichtig sind

Laura Bechert

BUNDjugend

Die Klimakrise wird in Europa und den USA in den letzten Jahren immer stärker von Politiker:innen, aber auch der Zivilgesellschaft besprochen. Aber warum erst jetzt?

Weil die Folgen der Klimakrise immer stärker auch hier zu spüren sind: heißere Sommer, wärmere Winter, Hochwasser wie im Juli 2021 im Ahrtal oder in Süddeutschland.

Doch kolonisierte Länder leiden schon länger und auch stärker unter solchen Extremwetterereignissen. Das zeigen Berichte wie der Klima-Risiko-Index 2021¹ von Germanwatch. Demnach waren zwischen 2000 und 2019 Puerto Rico, Myanmar und Haiti am stärksten von Extremwetterereignissen wie Überschwemmungen, Stürmen und Hitzewellen betroffen. Diese Länder haben heftiger mit den Folgen solcher Unwetter zu kämpfen, da häufig wenig Ressourcen für den Wiederaufbau zur Verfügung stehen. Ganz abgesehen von den Mitteln für Präventionsmaßnahmen. Doch warum sind Ressourcen so ungleich auf der Welt verteilt?

Dafür lohnt ein Blick in die Kolonialgeschichte.

Das Bundesamt für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung schreibt², dass seit Beginn der Industrialisierung um 1800 der Ausstoß von Treibhausgasen enorm angestiegen ist.

Dadurch haben vor allem Menschen in industrialisierten Ländern seither massiv zur globalen Erderwärmung beigetragen³. Viele Vertreter:innen des dekolonialen Ansatzes datieren allerdings den Ursprung der Klimakrise bereits auf etwa 300 Jahre vorher, als die Kolonialisierungsprozesse auf dem amerikanischen und später dann auf dem afrikanischen und asiatischen Kontinent durch europäische Kolonisatoren ihren Anfang nahmen. Auch bekannt unter der vermeintlichen ‚Entdeckung Amerikas‘ durch den italienischen Seefahrer Christopher Kolumbus im Jahr 1492. Doch wer hat hier eigentlich wen entdeckt? Das ist eine Frage der Perspektive. Denn der Kontinent war schon lange vorher von Menschen bewohnt, nur nicht von weißen Europäer:innen.

“Everything you are is us” Prof. Ama Ata Aidoo, 1987, ghanaische Autorin, Poetin und ehemalige Bildungsministerin

Der europäische Kolonialismus beruht auf der Ausbeutung von Menschen und Umwelt. Diese Ausbeutung von allen nicht-weißen Menschen wurde und wird auf Grundlage des rassistischen Denkens legitimiert. Der ‚Reichtum‘, von dem Gesellschaften in Europa und den USA profitieren, baut auf genau dieser Ausbeutung auf.

¹ <https://www.germanwatch.org/de/19777>

² <https://www.bmz.de/de/service/lexikon/klimawandel-14606>

³ <https://www.bmz.de/de/service/lexikon/treibhausgase-14864>

Grundbausteine des kapitalistischen Systems, in dem wir heute leben, wie zum Beispiel die Plantagenwirtschaft, wurden in der Kolonialzeit etabliert. Die Kolonisatoren nutzen versklavte Menschen als ‚Arbeitskräfte‘ und zwangen sie gewaltsam zu Schichtarbeit, um möglichst viel Profit herauszuschlagen.

Grundbausteine des kapitalistischen Systems, in dem wir heute leben, wie zum Beispiel die Plantagenwirtschaft, wurden in der Kolonialzeit etabliert. Die Kolonisatoren nutzen versklavte Menschen als ‚Arbeitskräfte‘ und Schichtarbeit, um möglichst viel Profit herauszuschlagen.

Auch wenn der Kolonialismus als abgeschafft gilt und viele kolonisierten Länder ihre Unabhängigkeit erreicht haben, wirken die ausbeuterischen Strukturen bis heute fort und werden deshalb auch als koloniale Kontinuitäten bezeichnet.

Auf riesigen Monokultur-Plantagen in Brasilien wird Soja angebaut. Dafür müssen oft Flächen des Amazonas-Regenwaldes weichen. Indigene Gruppen werden vertrieben, die teilweise seit Jahrhunderten dort leben. Brasilien ist der größte Soja-Exporteur weltweit, allein Deutschland bezog 2023 fast 30 Prozent⁴ seiner Sojaimporte von dort. Wenn also Prozesse wie der Sojaanbau ausgelagert werden, treffen sie oft MAPA (Most Affected People and Areas). Solche Dynamiken lassen sich auch in vielen anderen Bereichen wiederfinden, wie beispielsweise im Umgang mit Plastikabfällen, die europäische Länder exportieren.

Solange diese Dimensionen jahrhunderte-langer struktureller Ausbeutung basierend auf rassistischem Denken nicht ins Bewusstsein aller

treten, können Klimalösungen nicht fair sein. In der aktuellen politischen Debatte über ‚grüne Lösungen‘ fehlen eindeutig diese historischen und sozialen Dimensionen. Menschen, die seit Jahrzehnten von Klimafolgen betroffen sind, müssen mitentscheiden können, wenn über Strategien gegen die Erderwärmung diskutiert wird.

Klimagerechtigkeit und Umweltgerechtigkeit

Auf diesem Mitsprache- und Mitentscheidungsrecht baut das Prinzip von Klimagerechtigkeit auf. Hierbei geht es nicht nur um bloßen ‚Klimaschutz‘, der sich auf technische Lösungen wie E-Autos fokussiert, bei denen unter anderem Menschen und Umwelt in der Demokratischen Republik Kongo beim Kobaltabbau ausbeutet werden. Vielmehr geht es um die faire Übernahme von Verantwortung bei denen, die am meisten zur Klimakrise beigetragen haben und es weiterhin tun. Dazu gehören die USA und die EU⁵, denn historisch gesehen verantworten sie mit den höchsten Ausstoß an CO2-Emissionen, welche die Erderwärmung beschleunigen. Klimagerechtigkeit beleuchtet genau diese historisch gewachsenen Ungerechtigkeiten, die zur aktuellen weltweiten Lage geführt haben.

Viele Klimaaktivist*innen rufen auf Demonstrationen zu Klimagerechtigkeit auf, wissen dabei allerdings gar nicht, wo die Forderung eigentlich herkommt.

Viele Klimaaktivist*innen rufen auf Demonstrationen zu Klimagerechtigkeit auf, wissen dabei allerdings gar nicht, wo die Forderung eigentlich herkommt. Diese wurde nämlich in den *Bali Principles of Climate Justice* 2002 formuliert und niedergeschrieben. Sie stehen für eine Perspektive auf die Klimakrise, die Menschenrechte und Umweltgerechtigkeit in den Fokus stellt. Mehrere Umweltgruppen, unter anderem aus MAPA-Regionen, verfassten 27 Forderungen, die mehr Mitspracherecht von Betroffenen beinhalten. Das Manifest beruht

auf einer älteren Erklärung aus dem Jahr 1991⁶, die auf dem ersten *People of Color Environmental Justice Leadership Summit* in Washington, D.C. verfasst wurde. 1.100 Delegierte aus unterschiedlichen Communities tauschten sich in diesem Rahmen über Umweltgerechtigkeit aus. Die Umwelt galt in diesem Rahmen nicht als losgelöst vom menschlichen Dasein, wie es in mehrheitlich weißen Umweltgruppen bisher der Fall war, sondern als Lebensraum⁷, in dem gearbeitet und gespielt wird. Ein Lebensraum, der allerdings u. a. durch giftige Abfälle zerstört wird. Und wenn sich solche negativen Folgen durch Politik und Wirtschaft ergeben, aber auch durch beispielsweise Stadtplanung, und diese sich dann auf marginalisierte Gruppen auswirken, sprechen wir von Umweltrassismus. So geschehen im Jahr 1982 im US-amerikanischen Warren County im Bundesstaat North Carolina. Die Errichtung einer Sondermülldeponie in einer überwiegend von Schwarzen Menschen bewohnten Gemeinde löste damals heftigen Protest in der Community aus. Weitere Informationen zu diesem Vorfall und den Zusammenhängen zwischen Kolonialismus, Rassismus und Klimakrise finden sich in der Broschüre "Kolonialismus & Klimakrise - Über 500 Jahre Widerstand"⁸. Um solchen Ungerechtigkeiten entgegenzuwirken, einigten sich die Teilnehmenden des *People of Color Environmental Justice Leadership Summit* auf 17 Punkte, die in den "Principles of Environmental Justice"⁹ zusammengefasst sind - einem Grundpfeiler in der Umweltgerechtigkeitsbewegung.

Klimakrise und Finanzen

Dekoloniale Perspektiven auf die Klimakrise erfordern einen Systembruch. Wir brauchen neue

Ansätze, um die Klimakrise aufzuhalten. Wir brauchen mehr Austausch mit betroffenen Communities, anstatt uns im kolonialen Konstrukt immer tiefer ins Unglück zu stürzen.

Mögliche Lösungsansätze wie beispielsweise der *Loss & Damage Fonds*, der auf der COP28¹⁰ besprochen wurde, sind ein guter Anfang. Doch noch hapert es häufig an der tatsächlichen Umsetzung solcher Lösungsansätze. Der Fonds, der nach wie vor auf internationaler Ebene diskutiert wird (Stand Juli 2024¹¹), soll so unbürokratisch wie möglich ausgestaltet werden, um Länder, die momentan am heftigsten von den Folgen der Klimakrise betroffen sind, so schnell wie möglich zu unterstützen. Dabei sollen ausschließlich die Länder in den Fonds einzahlen, die historisch gesehen die Hauptverantwortung für die Erderwärmung tragen.

Bei Fragen der Finanzierung lohnt ein Blick auf das Thema Schulden. Denn auch sie spielen eine große Rolle, wenn es um klimagerechtere Lösungsansätze geht. Die Graswurzelbewegung *Debt for Climate* schreibt, dass ehemals kolonisierte Länder durch die Aufnahme teurer Kredite bei westlichen Institutionen wie dem Internationalen Währungsfonds zur Finanzierung des eigenen Wirtschaftsaufbaus, dazu gezwungen sind, fossile Ressourcen in ihren eigenen Ländern abzubauen, um damit ihre Schulden abzuzahlen. Gleichzeitig beuten westliche Großkonzerne die betroffenen Länder durch Landraub und Extraktivismus aus, oft ohne die lokale Bevölkerung entsprechend zu entschädigen. Um dieses Ungleichgewicht zu verringern, fordern globale Klimagerechtigkeitsbewegungen einen Schuldenerlass sowie Reparationszahlungen für die Kolonialzeit, damit die betroffenen Länder unabhängiger werden und eine gerechtere Weltordnung entsteht.

⁴ <https://de.statista.com/infografik/19136/erntemenge-der-fuehrenden-anbaulaender-von-sojabohnen/>

⁵ <https://ourworldindata.org/contributed-most-global-co2>; <https://www.wri.org/insights/history-carbon-dioxide-emissions>

⁶ <https://www.corpwatch.org/article/bali-principles-climate-justice>

⁷ <https://www.ucc.org/30th-anniversary-the-first-national-people-of-color-environmental-leadership-summit/>

⁸ Dodo, Kartal, S., Bechert, L., "Kolonialismus & Klimakrise - Über 500 Jahre Widerstand"; BUNDjugend (Hgg.), 2021

⁹ <https://www.ejnet.org/ej/principles.pdf>

¹⁰ <https://www.germanwatch.org/de/89656>

¹¹ <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2024/kw24-pa-ua-internationale-klimapolitik-1005280>

Unser Ausblick

2025:

The writer cannot be a mere storyteller;

he cannot be a mere teacher;

he cannot merely X-ray society's weaknesses,

its ills, its perils.

He or she must be actively involved shaping

its present and its future.

Ken Saro Wiwa

Was Ken Saro Wiwa als Autor und Journalist über seine Rolle in der Gesellschaft sagte, lässt sich auch auf die Arbeit der Koordinierungsstelle übertragen - wir bieten Räume für Vernetzung und Diskussion und gleichzeitig ist es unsere Aufgabe, Gegenwart und Zukunft mitzustalten, indem wir die Umsetzung der Maßnahmen aus dem Partizipationsprozess begleiten.

In diesem Jahresbericht wird deutlich, dass Dekolonisierung nur als Prozess verstanden werden kann, der alle gesellschaftlichen Bereiche betrifft - und in dem es neben Erfolgen auch immer wieder Rückschläge gibt.

Im Jahr 2024 hat die Koordinierungsstelle bei Decolonize Berlin wichtige Fortschritte bei der Auseinandersetzung mit der deutschen Kolonialgeschichte und deren anhaltenden Auswirkungen erzielt.

Auch im Bereich der Erinnerungskultur konnten 2024 wichtige Meilensteine erreicht werden: die Vorstellung des geforderten gesamtstädtischen Erinnerungskonzepts zu Berlins Kolonialgeschichte und dessen Folgen. Als Koordinierungsstelle haben wir die wichtige Arbeit von zivilgesellschaftlichen Initiativen und Dr. Ibou Diop unterstützt. Das Erinnerungskon-

zept markiert einen entscheidenden Schritt für Berlin, sich aktiv mit seiner kolonialen Vergangenheit auseinanderzusetzen. Bei der Veranstaltung „Kolonialismus Erinnern“ (25.–27. April 2024) im Haus der Kulturen der Welt präsentierten wir das Konzept einem breiten Publikum und setzten neue Impulse für die städtische Erinnerungskultur.

Die intensiven Bemühungen zur Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Akteur:innen und staatlichen Institutionen auf nationaler und internationaler Ebene gaben den Anstoß für eine breitere öffentliche Diskussion und den Aufbau neuer Allianzen.

Wir möchten an die solidarischen, starken Momente und neuen Netzwerke anknüpfen und auch im kommenden Jahr die Aufarbeitung der Berliner Kolonialgeschichte weiterführen und auf ihre anhaltenden Auswirkungen hinweisen. Dabei wird es weiterhin darum gehen, als Brücke zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung zu fungieren.

Der Fokus wird auf der Fortführung und Intensivierung der bisherigen Arbeit liegen, die maßgeblich auf dem Senatsbeschluss aus dem Jahr 2023 basiert. Ein zentraler Schwerpunkt wird die Stärkung der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft sowie mit Schwarzen und migrantischen Communities sein. Wir möchten eine Zwischenbilanz ziehen und auf einer mehrtägigen Veranstaltung nicht nur die letzten 4 Jahre Revue passieren lassen, sondern insbesondere auf eine dekoloniale Zukunft schauen – und was wir als Koordinierungsstelle und als Teil der kritischen Zivilgesellschaft dazu beitragen können. Dazu zählen Initiativen, die sich mit kolonialen Kontinuitäten auseinandersetzen, wie etwa die Beauftragung eines wissenschaftlichen Gutachtens zu den Auswirkungen des Kolonialismus in medizinischen und gesundheitlichen Bereichen. Gleichzeitig wird die Koordinierungsstelle auch die Vernetzung auf Bundesebene weiter ausbauen und den Austausch zwischen Akteur:innen aus Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik durch Fachgespräche, Fachtagungen und ein weiteres bundesweites Vernetzungstreffen fördern.

Neben der zentralen Aufgabe, die Umset-

zung der Forderungen und Maßnahmen aus dem Aufarbeitungsprozess zu begleiten, werden wir die Realisierung des gesamtstädtischen Erinnerungskonzepts zur Geschichte und den Folgen des Kolonialismus in Berlin weiter vorantreiben. Die Ergebnisse der *Memory in Motion*-Konferenz (13.–15.12.2024) werden sicherlich dazu beitragen, auch weiterhin länderübergreifend an den Themen Erinnern und Gedenken zu arbeiten, sich zu vernetzen und gemeinsame Vorschläge zur Umsetzung zu erarbeiten.

Decolonize Berlin und die Koordinierungsstelle werden sich darüber hinaus in diversen Projekten einbringen, die eine breite Vernetzung für eine pluale Gesellschaft fördern. Besonders relevant wird das *heimaten*-Projekt in Kooperation mit dem Haus der Kulturen der Welt sein, das darauf abzielt, den Begriff *Heimat* im Sinne einer pluralen Gesellschaft neu zu definieren.

Zusätzlich plant die Koordinierungsstelle, die transnationale Zusammenarbeit mit Partner:innen in Europa weiter zu stärken – denn die Aufarbeitung des Kolonialismus ist inzwischen nicht nur in Berlin, sondern auch in Amsterdam, Paris oder Lissabon in der gesellschaftlichen Mite angekommen.

Vor dem Hintergrund aktueller gesellschaftlicher Herausforderungen – wie dem wiedererstarkenden Rechtspopulismus in Deutschland und Europa – wird die Arbeit der Koordinierungsstelle entscheidend dazu beitragen, Solidarität und Allianzen zwischen verschiedenen Akteur:innen der Gesellschaft zu fördern. In diesem Sinne bedarf es einer breiten, solidarischen Bewegung, um das friedliche Zusammenleben in einer plualen Gesellschaft zu sichern und die vielfältigen Stimmen, insbesondere aus marginalisierten Communities, in den Mittelpunkt der Debatten und der Erinnerungsarbeit zu stellen. Mit diesem umfassenden Programm wird die Koordinierungsstelle auch im kommenden Jahr eine zentrale Rolle in der Auseinandersetzung mit der deutschen Kolonialgeschichte und ihrer aktuellen Auswirkungen einnehmen und maßgeblich zur Schaffung einer gerechteren und inklusiveren Gesellschaft beitragen.

Impressum

Herausgeberin:

Koordinierungsstelle Gesamtstädtischer Aufarbeitungsprozess zu Berlins kolonialer Vergangenheit
bei Decolonize Berlin e. V.
Lausitzer Straße 10
10999 Berlin
www.decolonize-berlin.de
info@decolonize-berlin.de

Redaktion:

Koordinierungsstelle Gesamtstädtischer Aufarbeitungsprozess zu Berlins kolonialer Vergangenheit

Lektorat:

Jeannine Kantara

Copyright:

bei der Redaktion und den Autor:innen

Gestaltung:

Il-Ho Jung, Ruth Jung-Reining (Studio Offtype Berlin)

Herstellung:

Pinguin Druck GmbH

Diese Veröffentlichung wurde gefördert durch die Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit
(Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe).

Für die Inhalte der Publikationen ist allein die bezuschusste Institution verantwortlich. Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe wieder.

Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit	Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe	BERLIN	
--	---	---------------	---

